

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

60. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mh., monatlich 50 Pf., einschließlich der Postbestellgebühr. Nur Postbezug zulässig. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Leipzig, den 22. Juni 1922

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 1 Mh., die übrigen je nach Art und Umfang 5 Mh. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 71

Zur XI. ordentlichen Generalversammlung des Verbandes

Vom Guten das Beste

Wenn diese Zeilen im Druck erscheinen, sind wohl die Wahlen zur Generalversammlung vorüber und das allgemeine Interesse wird sich mehr den gestellten Anträgen zuwenden. Daß hieran kein Mangel ist, wird wohl jeder Leser der in der Mainnummer erschienenen Anträge bestätigen. Und welche Gegenläge zeigen sich dabei?

Neben den grundsätzlichen Gegnern jeder Unterstützung, außer der rein gewerkschaftlichen Streikunterstützung, erheben sich vielfach die Befürworter des weiteren Ausbaus unserer bisher so gegenständig wirkenden sozialen Unterstützungsanstalten, die auch, und das soll nicht ganz verkannt werden, sich als guter Kitt für die Mitglieder erwiesen hat. Gewiß soll nicht verkannt werden, daß es eigentlich Aufgabe des Staates ist, den Staatsbürger, der durch seine Steuerleistungen zu Abgaben für den Staat herangezogen wird, diesen Steuerzahler auch in der Not über Wasser zu halten; aber bis dies erreicht wird, hat es noch gute Wege, zumal wenn die Arbeiterkraft noch weiterhin in ihrer Selbstversorgung durch neue Parzellierungen fortkäuflich und solange ein Teil der Arbeiterkraft nicht den Mut hat, mit dem Stimmzettel zum Ausdruck zu bringen, daß eine für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung einwirkende Parlamentsmehrheit gesichert ist. Deshalb heißen alle theoretischen Kritiker nicht, dieht diese Anträge aber inwieweit werden die Anträge, die vor dem Einleiten der staatlichen Versorgung durch Annahme von Anträgen, wie sie beispielsweise Bauben stellt, auf die kleine Beihilfe der Organisation verzichten müßte, würde es nicht verfehlen, und mit Recht würde er sagen, Jahrzehntelang habe ich mitgeholfen, den Armen der Armen unter die Arme zu greifen, nun ich an die Reihe komme, muß ich insofern Wankstufen auf die in der Selbsthilfe noch mehr als früher notwendige Beihilfe verzichten. Deshalb wird auch die Leipziger Generalversammlung die Unterstützungen zeitgemäß reformieren; doch soll deshalb die alte Forderung der Übernahme der Kranken-, Invaliden- und Erwerbslosenunterstützung durch den Staat nicht vergessen werden. Und selbst wenn heute die staatlichen Unterstützungen eingeführt sein werden, wird vielleicht noch so mancher der heutigen Antragsteller auf Abschaffung der Unterstützungsanstalten dankbar die Unterstützung dieser Einrichtungen gehen. Denn so groß wird die staatliche Hilfe nie werden, daß es helmes Zuschusses bedarf. Dies zur Unterstützungsfrage.

Nun komme ich zu den Anträgen auf tarifliche Beihilfe. Auch hier ist das Wunschdenken sehr mannigfaltig, und es wird einer reiflichen Aussprache bedürfen, um auch hier den Weg von der Spreu zu sondern. Neben der Forderung auf Schaffung eines Manteltarifs, der nur die allgemeinen tariflichen Bestimmungen enthält, die Lohnregelung aber den Kreislern selbstständig überlassen soll, haben Anträge auf nur Tarifrevision, Festhalten am Reichstarif, Schaffung von Familienzulagen. Hier das Richtige zu treffen, ist mit Aufgabe des Verbandstags, doch möchte ich an dieser Stelle schon heute dafür eintreten, von der beabsichtigten Lohnregelung abzusehen. Damit würde den Kreislern ein Bändendienst erwiesen, und wer schon Gelegenheit gehabt hat, die fruchtlosen Verhandlungen der Kreisämter mitzumachen, wird mir zustimmen, wenn ich mir davon keinerlei Erfolg verspreche. Auch Rheinland-Westfalen macht hier keine Ausnahme, ich erinnere nur an die Sonderulage des Kreises II, wie selbst oft nur mit Hilfe der Zentralleitung durchgedrückt werden konnte. Damit wäre der Bereichspungsast der Prinzipale weitgehendst Vorüber geleitet, und dies soll doch nicht geschehen. Die Forderung auf endliche Durchführung der Beitragsordnung ist mit allem Nachdruck aufzustellen. Der Antrag auf Abschaffung des Berechnens am Kassen und der Maschine ist wohl ein alter, aber auch er muß reiflich überlegt sein. Wenn auch zugegeben werden muß, daß diese Forderung ideal begründet ist, so hat die Praxis ergeben, daß in den Betrieben, wo noch berechnet wird, die Böme sich im allgemeinen mehr über das Minimum erhoben haben als in andern Betrieben, wenn auch dies nicht ohne Ausnahme zutrifft. Sehr sympathisch berührt mich Antrag 63 zu § 11, der befragt, daß eine Abgeltung der tariflich zulebenden Ferien durch Geld nicht zulässig ist. Obwohl eigentlich selbstverständlich, bin ich überzeugt, daß gerade hier sehr viel gesündigt wird.

Bei den Anträgen zum Statut ist zu konstatieren, daß die Nürnberger Generalversammlung hier tüchtige Arbeit geleistet hat, und der sonst so heftig umstrittene § 1 ist nur mit geringen Zusätzen und Abänderungen bedacht. Interessant dürfte die Begründung des Antrags Hamburg zu § 15 sein, die als Organe des Verbandes eine Gauvertreterkonferenz vorschlägt. Wie selbst gedacht, ist auf den ersten Blick nicht ersichtlich, da doch die Gauvertreterkonferenzen daselbst sind. Aber sollen neben diesen noch weitere Vertreter herangezogen werden? Bei der Einleitung der Gawe vermisste ich den Antrag des Verbandsvorstandes, der doch den Delegierten der Nürnberger Generalversammlung eine neue Gaweinteilung zur Bestimmung mitgegeben hat. Gewiß ist es nicht leicht, alle Gewohnheiten abzuändern; aber im Interesse der Gesamtorganisation wäre eine geeignete Zusammenziehung der Gawe, die auch teilweise durch die politischen Verhältnisse notwendig wurde, zur Beschlußfassung zu stellen. Die Generalversammlung bestrebt sich gleichfalls eine Anzahl Anträge gestellt und wird wohl hier die mittlere Linie die beste sein. Eine allzu weite Auseinanderlegung der einzelnen Versammlungen in unserer räumlich engeren Zeit ist nicht zu empfehlen, da hierdurch kaum Ersparnisse zu erzielen sind, sondern nur die Dauer verlängert wird. Eine andre Frage ist die Zahl der Delegierten, doch ist auch hier das Argument der Erziehung für die Teilnehmer, soweit diese außer ihrer Delegation für die Organisation noch tätig sind, nicht zu verkennen. Der Beitragsfrage muß nähergetreten werden, und wird sich wohl kein verständnisvoller Kollege der Erkenntnis verschließen, daß es notwendig ist, eine prozentuale Abgabe vom Lohn zu leisten. Wenn hier mir ein Verstoß gegen die in § 11 des Statuts vorgesehene Höchstgrenze des nachste Vierteljahrs nicht nach dem Stundenlohn in Klasse C (Verkehrswesen) bei rund 15 Proz. Lohnzuschlag. Und zwar ändert sich aller Vierteljahre automatisch nach dem Stundenlohn der Beitrag. Inmitten eines Quartals ist es aus finanztechnischen Schwierigkeiten zu vermeiden.

Wenn ich in vorstehenden Ausführungen zu den Anträgen überspringend Stellung genommen habe, so aus dem Grunde, um vielleicht dadurch eine Debatte in den einzelnen Bruchteilen auszulösen, die sich aus dem großen Buhel nicht so ohne weiteres ergibt. Vermitteln tue ich, daß ein Antrag auf Verbesserung und Ausbau des Betriebsrätegesetzes gestellt wurde, obwohl gerade die Betriebsräte mit zu den besten Trägern der Organisation gehören. Von allen Verbandstagen müßte an die Reichsregierung die Forderung gestellt werden, das Betriebsrätegesetz auszubauen und den ominösen § 67 deselben endlich fallenzulassen. Gerade die Betriebsräte des großbildigen Gewerbes erfahren, wie oft dieser Paragraph zur Fußangel wird, wenn man irgendeine Forderung durchdrücken will, die dem Unternehmern unangenehm ist. Vielleicht wird diese Frage doch noch zur Ausrollung auf dem Verbandstag kommen. Der Orapbische Bund wird sicher die Betriebsrätefrage nicht aus dem Auge verlieren.

Mögen alle aus den Wahlen hervorgehenden Delegierten sich eifrig mit diesen grundlegenden Fragen der Organisation beschäftigen, dann wird es leichter möglich sein, in Leipzig zu einer für alle Teile betrieblichen Lösung der Aufgaben zu kommen.

Von der Donau.

— cr.

Weniger Staats-, mehr Selbsthilfe

Die Neuregelung unseres Unterstützungswesens und die Schaffung einer Pensionskasse für unsere dauernd arbeitsunfähig gewordenen Verbandsunterschieden wurden durch die Nürnberger Generalversammlung der jetzt bevorstehenden Generalversammlung unseres Verbandes in Leipzig überwiesen. Der Verbandsvorstand erhielt den Auftrag, für beide Fragen eine entsprechende Vorlage auszuarbeiten. Wie aus dem Bericht über die Gauvertreterkonferenz in Nr. 34 des „Aur.“ zu ersehen war, ist beides in sehr vorläufiger Form durch den Verbandsvorstand zu erledigen versucht worden. Die zweifellos bestehenden finanziellen Schwierigkeiten für die Lösung dieser Fragen machen diese Zurückhaltung begründlich. Es bestehen ja außerdem noch besondere prinzipielle Meinungsverschiedenheiten über Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Unterstützungsanstalten überhaupt. Teilweise ist es die sogenannte Klassenkampftheorie, teils sind es egoistische Grundzüge in der Beitragsfrage, die einer sachlichen Erleuchtung dieser Fragen hinderlich sind. Vom rein gewerkschaftlichen Standpunkt aus kann ich jedoch keine dieser Bedenken als ausschlaggebend anerkennen.

Für mich fällt lediglich die Bedeutung solcher Einrichtungen als Mittel zum Zweck für unsern Verband ins Gewicht.

Lasse ich die Entstehung und Entwicklung unfres Verbandes an meinem Erinnerungsvermögen vorbeiziehen, so werde ich in der Überzeugung befestigt, daß gerade unsere Unterstützungsanstalten sehr viel dazu beigetragen haben, daß untre Organisation so breit und tief in ganz Deutschland Wurzel gefaßt hat. Denn neben der kollektiven Opferwilligkeit für die Abschwächung unermeldlicher Notlagen innerhalb untrer Kollegenchaft hat das Unterstützungsweesen sehr viel dazu beigetragen, daß die Organisations-treue in unserm Verbands viel größer wurde und noch ist als in jeder andern deutschen Arbeiterorganisation. Und ich habe sogar schon des öfters im Laufe der Jahre die Feststellung machen können, daß selbst überadrtliche Kollegen nur deshalb gegen die Unterstützungsanstalten wettern, weil sie sich selbst dadurch in ihrer persönlichen „Mittlungsfreiheit“ dem Verbands gegenüber gebemmt fühlen. Sie fürchten den Ausschluß und den dadurch bedingten Verlust ihrer Unterstützungsrechte; diese „idealistischen“ Schwärmer! Und was eine solche Bindung an die Organisation für die gewerkschaftliche Kulturarbeit im allgemeinen bedeutet, das läßt sich nur andeuten. Selbst wenn man der Ansicht zuneigen könnte, daß durch diesen Gang nach dem Materiellen der Idealismus in unserm Verband auf schwachen Füßen stehe, so braucht man dies doch nicht besonders tragisch zu nehmen. Wir Menschen des privatkapitalistischen Zeitalters sind eben alle noch lange nicht so weit, daß wir nur vom Idealismus leben könnten. Das Materielle steht uns allen mehr oder weniger in den Schuhen. Und ich bin überzeugt, daß in unserer Organisationsleitung auch durch die Kriegsjahre hindurch und selbst möglich gewesen, die Finanzkraft unfres Verbandes in gleichem Maße wie vor dem Kriege aufrechtzuerhalten, so würde heute manches in untrer Verband und in der Tarifgemeinschaft ganz anders ausgefallen. Insbesondere sind seit den sprunghaften Veränderungen auf dem Lohngebiet im Zusammenhang mit der Geldentwertung in der Beitragsfrage wie im Unterstützungsweesen große Fehler begangen worden. Die weitgehende Rücksicht auf die Notlage der Kollegenchaft entschuldigt gewiß viel; aber der Rückgang im Unterstützungsweesen und die immer schwächer werdende Hilfe für die Arbeitslosen, Kranken und Invaliden ist noch viel bedauerlicher. Das frühere feste Gefüge der Verbandssinnungen ist heute gegenüber dem tariflichen Durchschnittslohn auf ungefähr ein Sechstel seiner früheren Kraft zurückgefallen. Das bedeutet eine Schwächung des gewerkschaftlichen Kampffonds der Friedenszeit um neun Sechstel. Das besagt mehr, als in vielen und langen Jahren hätte zu sagen wäre. Es bedeutet Schwäche nach innen und Schwäche nach außen; auch noch so starker Idealismus und Kampfesmut wird das Gebende in dieser Beziehung nicht erheben können.

Und daher heißt es: Hände weg von Affopen! Sammlung der eignen Kräfte nach innen wie außen! Zurück zu uns selbst! Der von vielen Kollegen beliebte Hinweis, daß der Staat verpflichtet sei, für die Opfer des wirtschaftlichen Zusammenbruchs aufzukommen, ist ein gefährlicher Wahn; denn der Staat ist nichts, wenn wir nicht erkennen, daß wir selbst Träger des Staates sind oder sein sollen. Der Staat und seine Parlamente können diese Hilfe ohne weitere Anhebung der direkten oder indirekten Steuerlasten nicht übernehmen. Wir haben wohl eine Republik, aber noch lange keinen Arbeiterstaat. Es wird daher auch die staatliche Sozialversicherung auf lange Zeit hinaus das auch gar nicht werden, was die Arbeiterchaft von ihr erwartet. Ich bin sogar der Meinung, daß je größer der Aufgabenkreis und der Verwaltungsapparat der staatlichen Sozialversicherung wird, desto geringer wird das tatsächliche Mitbestimmungsrecht der Arbeiterkraft über der Verhältnisse in ihr werden.

Ich will dieses Kapitel hier nicht im einzelnen aufrollen. Aber je mehr ich mich im Laufe der letzten Jahre mit den Licht- und Schattenseiten der staatlichen Sozialversicherung befaßt habe, desto mehr hat sich in meinem Denken die Ansicht befestigt, daß es für die Arbeiterkraft in allen Industrie- und Gewerbebezügen weit vorteilhafter wäre, die ganze Sozialversicherung würde berufs- oder industrieweise gegliedert und in Selbstverwaltung der gewerkschaftlichen Organisationen nach dem Beispiel der Berufsgenossenschaften überführt; wobei selbstverständlich die Arbeiter- oder vielmehr die Verlichterten das ausschlaggebende Bestimmungsrecht haben müßten. Dann wäre es viel leichter möglich, die jeweiligen Be-

Dürftigkeit aller Versicherten in den einzelnen Industriezweigen zu berücksichtigen und sie mit den Versicherungskosten der Gütererzeugung zu verbinden. Sowie ich mich erinnern, hat Kollege Schaeffer in seinem vor drei Jahren erschienenen „Problem einer neuen Berufsversicherung für das deutsche Buchdruckgewerbe“ diesen Gedanken schon in eingehender Weise in Vorschlag gebracht und begründet. Das ganze soziale Versicherungswesen für alle Angehörige eines Gewerbes (auch für deren Frauen und Kinder) könnte dadurch wesentlich vereinfacht und zweckmäßiger in Einnahmen und Ausgaben gestaltet werden. Die ganze gegenwärtige Kettung der Kostenbedeutung in Unternehmern und Arbeiterbeiträge ist unnötig; sie erfordert ungeheure Schreiber- und Rechnerlei. Die ganze Beitragsfrage für die soziale Versicherung könnte wie ungefähr beim Steuerabzug vom Lohne so geregelt werden, daß ein gewisser Prozentsatz der wöchentlichen Lohnsumme von jedem Betrieb, ob staatlich oder privat, an eine Verwaltung sozialer Hilfeleistung in jedem Industrie- oder Gewerbebezugs abgeführt wird. Wenn ob nun der Unternehmer oder Arbeiter für solche Zwänge besondere Beiträge bezahlt, ist nicht maßgebend, denn so oder so müssen die erforderlichen Beiträge durch den betreffenden Produktions- oder Handelszweig innerhalb einer staatlich abgegrenzten Volkswirtschaft aufgebracht werden; ob sie nun der Unternehmer oder Arbeiter bezahlt, ist ganz gleich. Der erstere bucht sie als Geschäftskosten, und der Arbeiter rechnet sie von seinem Lohne ab und muß dabei seine Lohnansprüche dementsprechend geltend machen; was wiederum nur die Versicherungskosten der Produktion und ihre Verteilung beeinflusst. Es ist also nur ein überflüssiger Umweg, wenn die sozialen Versicherungsbeiträge in Unternehmer- und Arbeiterbeiträge zerlegt werden, obwohl sie aus einer Quelle stammen, und zwar dem Produktionsprozess, um nachher doch wieder nur den menschlichen Trägern dieses Produktionsprozesses in den Leistungen der sozialen Fürsorge auszufliessen. Der jetzige Umweg trennt die Versicherten und die Verwaltung; trotz aller gesetzlichen Verteilungs- und Mitbestimmungsrechte. Der Verwaltungsapparat der Sozialversicherung von heute wird immer größer, dagegen der Einfluß und das Mitbestimmungsrecht des einzelnen Versicherten immer kleiner. So liegen die Dinge in Wirklichkeit; und sie werden immer nebelhafter, je mehr man nach Staatshilfe rufft in Dingen, die durch überflüssigere, enger zusammenhängende Organisationen innerhalb jedes Industrie- oder Gewerbebezugs viel einfacher, zweckmäßiger und demokratischer zu bewältigen wären.

Leider ist aber an eine solche Vereinfachung der sozialen Fürsorge und deren zweckmäßigeren Umbau vorläufig noch nicht ernstlich zu denken. Schon das Meer der sogenannten Verwaltungsbeamten wird in diesem Um- oder Umbau eine Gefährdung seiner Existenzmöglichkeiten erleiden und daher diese Idee bekämpfen. Es wird daher auch in dieser Frage kaum zu vermeiden sein, daß immer noch Eisen geschmiedet, bis schließlich ein Koloss der sozialen Versicherung entstanden ist, dem gegenüber der einzelne Mensch überhaupt nichts mehr hebeiselt als ein Sandhörnchen. Auch ich bin ein Gegner kleiner Ortschaften und Ämtern; aber Menschen und -verwaltungen, bei denen Schema F in allen Büchern und Verwaltungsräumen spielt, sind noch größerer Unflut. Sie erschließen jede freiere soziale Entwicklungsmöglichkeit, degradieren jeden Menschen zu einer Nummer innerhalb endloser Regalfakturen, und alles übrige ist leblos, schematisch, Akten, wo man hindrückt; aber keine Menschen mehr! Das wird und muß das Schicksal der ausschließlichlichen Staatshilfe sein, wenn wir dieser Selbstentmannung nicht beizuhelfen den Wind aus den Segeln nehmen. Wir grauf vor dieser „sozialen“ Kälternierung. Und ich möchte ihre Vorkämpfung nach besten Kräften im Interesse eines höheren sozialen, wirtschaftlichen und menschlichen Welt-eifers solange wie nur irgend möglich zu verhindern suchen.

Ich appelliere daher an die Vernunft aller Kollegen in unserem Verband und der Delegierten zu unserer Generalversammlung: Nehmen wir auf dem Gebiete des Unterstützungswesens wieder auf den Weg tiefergreifender und umfassenderer Selbsthilfe zurück! Fort mit dem Aberglauben an Wunder, an Moskau, Genoa, MSP, ISP, KPP, an Staatshilfe usw. i. Falls wir wieder etwas mehr Vertrauen in unsre eigene Kraft; stellen wir unsern Verband, seine Einrichtungen und Ziele mit höherer und weiterbereiter Entschlossenheit mehr als in den letzten Jahren wieder auf unsre eigenen Füße und Wollen! Wir müssen unsern Verbandsbeitrag allmählich wieder in ein vernünftigeres Verhältnis zu unserm Lohne bringen, damit auch die Unterstützungsfähigkeit des Lebens- und Lohnverhältnisses wieder besser und wirksamer nähergebracht werden können. Wird dies auch nicht sofort mit einem Schläge zu erreichen sein, da wir im Frieden beinahe $\frac{1}{10}$ des Wochenlohns als Beitrag gegen kaum $\frac{1}{10}$ heute bezahlen, so muß doch mit Rücksicht auf die soziale Grundlage unsres Verbandes ein kräftiger Schritt nach vorwärts auf diesem Wege gewagt werden. Dabei ist es gar nicht nötig, daß wir uns Merito Pläne schmieden, sondern auf alle Fälle danach trachten, unser Verbandsgebäude innerlich zu festigen; dann wird es auch nach außen widerstandsfähiger sein. Das wird aber nur dann möglich sein, wenn wir insbesondere derjenigen gedenken, die die großen Schwellen der heutigen verkehrten Wirtschaftsordnung mehr als andre unter uns zu tragen haben. Die arbeitslosen, kranken und invaliden Kollegen müssen wieder besser fühlen als bisher, daß der Verband für sie ein Hort in allen Lebenslagen ist. Wenn auch die Hilfe, die der Verband ihnen bieten kann, nicht alle Not und Sorgen bann, so darf sie doch nicht wie ein Almosen wirken,

sondern muß kollegialen Geist erkennen lassen, muß fühlbar werden als Segen und Nutzen des Verbandes bis in die entferntesten Winkel Deutschlands, wo Buchdrucker vorhanden sind, zur Ehre und zur Stärkung der Kollektalität, die die Buchdrucker seit allen Zeiten ganz besonders auszeichnete. Der Beweis auf die Mächtigkeit des Staates ist nur ein schwacher Trost und zeigt wenig Opfermut seinen eigenen Berufs- und Klassenangehörigen gegenüber. Nur was wir selbst tun, stärkt unser Zusammengehörigkeitsgefühl, macht uns selbständiger und freier!

Aber nicht nur gegenläufige Selbsthilfe für uns alle, die wir noch im Schoße der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung eingepaßt sind, sondern auch für jene, die als untre Arbeiter uns dienen und von uns selbst verbraucht werden, ist untre Pflicht. Das sind untre eigenen Verbandsfunktionen, ob ehrenamtlich oder im direkten Anstellungsverhältnis. Daß wir diese vor allen Dingen anständig, d. h. gerechter als das privatkapitalistische Ausbeuterium seine Arbeitskräfte entlohnen, betrachte ich als selbstverständlich, das liegt in unserm eigenen Interesse. Idealismus allein tuts nicht. Ich bin überzeugt, daß der heutige Dienst eines Gewerkschaftsfunktionärs an deren Arbeitskräfte ganz andre Anforderungen stellt als früher. Die fortgeschrittenen Lohnbewegungen und Forderungen, ja fast ständigen Konfliktsfälle zwischen Unternehmerium und Arbeiterchaft sind Maßstäbe, zwischen denen die Arbeits- und Lebenskräfte untre Funktionäre viel schneller gemüht werden als in früheren Jahren. Und die seit Jahr und Tag leider üblich gewordenen persönlichen Anfeindungen und Berührungsmomente infolge ungenügender Erfolgs ihrer Tätigkeit erfordern einen weit höheren Idealismus und anstrengendere Aufopferung im Dienste der Arbeiterlache als je zuvor. Und ich gestehe frei und offen, wenn ein Unternehmer meine pflichtbewusste Tätigkeit in seinen Diensten darauf kritisch prüfen und insbesondere solche persönliche Beleidigungen gegen mich wagen würde, wie es sich viele Oppositionsgrößen unsern Führern gegenüber erlauben, ich ihm nicht nur schon längst den Bellen vor die Stirne geworfen, sondern auch kein Strafgesetzbuch mich hindern könnte, solchen „Arbeitgeber“ noch deutlicher zu bewellen, daß man mit der Ehre eines Arbeiters nicht ungestraft derart umspringen darf. Schon all habe ich hier in Hamburg bewundert, mit welcher Ruhe und Nachsicht unter „Fröhe“ Wogen der niedrigsten Leidenschaften gegen sich anstürmen sah, und trotzdem wie ein alter Seemann im Sturm auf hoher See mit keiner Wimper zuckend seine Pflicht tat. Und von einem Berliner Kollegen habe ich mir kürzlich erzählen lassen, daß der stürmische „Barde“ in Berlin (Albert Massin) seit bald dreißig Jahren in Sturm und Wetter des gewerkschaftlichen und tariflichen Lebens in ebenso unerklärlicher Weise Stange halte, wo andre schon längst die Karte hätten in den Drecks fahren lassen. Aber jetzt, da der unerlöbliche Kampf zwischen Kapital und Arbeit auf diese Höhe unter unsern Führern zu zerbrechern droht, soll über „Barde“ nach den „hohen Idealen“ der aktiven Arbeiter der Opposition in Berlin sich so ruhig wie möglich von seinem Posten wehren und abwehren, wie er mit dem kargen Invalidenlohn aus der staatlichen Alters- und Invalidenversicherung und der Invalidenunterstützung des Verbandes sein Ende findet!

Kollege Kolb (Münberg) hat in Nr. 55 einen ähnlichen Standpunkt in dieser Frage vertreten, indem er schrieb: „Es dürfen für untre Gewerkschaftsangehörigen und deren Hinterbliebene durch den MWG, keine besonderen Versicherungen eingeführt werden; nein, reicht die Invaliden- oder Witwenunterstützung für untre Gewerkschaftsbeamten nicht aus, dann ist sie auch für untre Mitglieder zu gering.“ Kollege N. bittet zwar direkt anschließend, seine Worte rein sachlich aufzulassen. Aber ich bin mir über diese Sachlichkeit bis heute noch nicht klar geworden. Auf die allgemeine Verbandsunterstützung haben doch untre Angestellten infolge ihrer selbstverständlichen Beitragspflicht wie jedes Verbandsmitglied ebenfalls Anspruch; und dennoch rechnet ihnen Kollege Kolb das als eine besondere Vergünstigung aus; oder was soll denn sonst sein diesbezüglicher Hinweis bedeuten? Ist es ein Verdienst oder ein Recht? Kein Verbandsmitglied zahlt höhere Verbandsbeiträge als untre Funktionäre; jedes Mitglied hat in unserm Verbands doch gleiche Pflichten und Rechte. Mit welchem Rechte will man daher die eventuelle statutarische Verbandsunterstützung für untre Funktionäre auf die gleiche Stufe stellen mit besonderen Zuwendungen oder Vergünstigungen für freu geleistete Arbeit? Im allgemeinen beurteilen wir es als eine Sache, wenn ein Unternehmer die in seinen Diensten ergrauten und verbrauchten Arbeiter bei eintretender dauernder Arbeitsunfähigkeit, oder wenn sie ihm zu alt geworden sind, ohne weiteres auf die Straße stellt. Und anderseits verzeichnen wir es als „nachahmenswertes Beispiel“, wenn ein Unternehmer seiner alten Mitarbeiter und seiner Angehörigen auch dann noch gedenkt, wenn sie unbrauchbar geworden oder gestorben sind. Wir registrieren es als Rücksichtlosigkeit, wenn ein Unternehmer vom „Gnadenbrode der Alten“ zu sprechen wagt, wenn sie in seinem Diensten ergraut sind und weiterarbeiten müssen bis zu ihrem letzten Stündlein, wenn sie nicht verbürgern wollen. Sondern wir nicht ebenso, wenn wir untre eignen Arbeiter oder Angestellten nicht besser behandeln? Ich glaube, wir verlieren dadurch überhaupt das Recht, vom Unternehmerium eine andre Behandlung zu verlangen.

Ich zweifle nicht daran, daß manche Kollegen auf solche Gründe pfeifen werden! Und nicht wenige der lautesten Schreier in unsern Versammlungen werden beinahe plagen vor Ärger, wenn sie lesen, daß die von ihnen so abgrundtief gehäßten „Bonzen“ nun auch noch eine Pension erhalten sollen. Wenn diese Geldgrößen wirklich so schlau wären, wie sie immer glauben machen wollen, so könnten sie zwar darin das sicherste Mittel erkennen,

manchen untreer alten Führer, wenn auch nicht kassumachen, so doch wenigstens kassumachen, indem sie auf diese Weise viel leichter als sonst „abgehaltert“ werden könnten. Aber dieser Gedanke ist die uns Herrschenden wahrscheinlich zu menschlich, zu wenig gewalttätig. Diese „Menschheitspolitik“ brauchen änderere Führung für ihr blühendes Revolutionsblut, in dem heute schon unabhägige Reime zukünftiger Reaktion stecken. Aber dazu reicht es bei mir nicht. Ich betrachte daher diese rasenden Rabane ebenso naiv wie meine ganze Umgebung diesseits wie jenseits der Elbe. Und da habe ich gefunden, daß eine ganze Reihe anderer Gewerkschaften sowohl aus sozialen wie aus praktischen Gründen schon längst dazu übergegangen ist, ihre Angestellten nach einem gewissen Alter oder bei schweren Berufsunfällen (weil von keiner Berufsunfähigkeit führen, in den Ruhestand zu versetzen, um an deren Stelle jüngere, gesündere und in der Vollkraft ihrer Leistungsfähigkeit befindliche Kollegen zu wählen. Die Möglichkeit, auf diesem Weg eine Verjüngung und an manchen Orten leistungsfähigere Ortschaften oder Gauerwaltung zu erzielen, erwies sich meistens als nützlich, als die weitere Anspannung und Auspumpung älterer, verbleibender Angestellten. Und ohne irgend einem untre heutigen Führer nur im geringsten persönlich nahezugetreten zu wollen, bin ich der Meinung, daß auch wir in unserm Verbands dazu übergehen sollten, diese Möglichkeiten durch Schaffung einer Pensionskasse untre Organisation nutzbar zu machen.

Gerade die letzten Jahre erforderten außerordentliche Anstrengungen untre Funktionäre und bedeutendes Raubbau an deren Gesundheit. Den Arbeitsstunden werden die wenigsten von ihnen kennen. Die Gegenwart ist nicht besser, die Zukunft noch grauer. Sicherlich stellt lettere an die geistige und körperliche Frische untre Funktionäre noch weit mehr Anforderungen. Da wäre es löblich und ungerath, wenn wir verlangen wollten, daß untre alten Funktionäre ausgelagert werden bis auf die letzten Tropfen ihrer Kraft. Das kostet uns weit mehr als ein halbwegs antändliches Ruhegehalt. Auch viele Unternehmer labren mit einer solchen Übung der Personalverjüngung durch besondere Pensionsleistungen für ältere Arbeiter und Angestellte nicht schlecht. Das Aufblühen und die ständige Erweiterung ihrer Betriebe beweißen das. Sie sparen, weil sie unproduktiver gewordene Kräfte in friedlicher Weise durch leistungsfähigere ersetzen; wobei die Arbeitszeitfähigkeit der letzteren ständig beibehalten wird durch die Gemüthsheit, daß sie nicht verloren und vergessen sind, wenn auch sie einst verbraucht sind. Auch unser Verband ist mit einem solchen Unternehmen zu vergleichen, dessen Verwaltung und Glesung in idealer wie materieller Hinsicht auf besonders tüchtige und schaffensfreudige Funktionäre angewiesen ist. Haben diese in jahrelangem, gewissenhafter Pflückerfüllung ihre Arbeits- und Lebenskraft im Dienste der Organisation untre Interessen gewahrt, dann würden wir uns nur aus dem Grunde scheiden, wenn wir ihnen keine andere Ausweg offen lassen, als sich trotz sinkender Leistungsfähigkeit so lange an ihren Posten zu klammern, bis sie völlig entkräftet zusammenbrechen.

Sier gibt es nur zwei Auswege. Entweder bezahlen wir untre Angestellten von Anfang an so, daß sie in der Lage sind, sich für den Fall ihrer Invalidität oder ihres Todes ausreichend zu versichern zu können, oder wir übernehmen selbst die diesbezügliche Versicherung in der Verwaltung unsres Verbandes. Letzteres halte ich für das beste, da uns dadurch das Selbstbestimmungsrecht bezüglich der Pensionierung usw. von Fall zu Fall erhalten bleibt, was bei einer privaten oder freiwilligen Versicherung der Angestellten nicht möglich wäre. Aber diese rein materielle Frage hinaus bleibt immer noch ein großes Quantum Idealismus erforderlich, das unsern Funktionären Lust und Liebe zur Erfüllung ihrer verantwortlichen Tätigkeit zu geben hätte. Das uns zuteilende Wahlrecht für die Belegung der wichtigsten Posten und sehr oft auch solcher nebenamtlicher Art, bietet uns die Möglichkeit, dafür zu sorgen, daß untre Vertrauen in keiner Weise mißbraucht werden kann. Am so mehr haben wir daher die Verpflichtung, untre Arbeiter oder Angestellten als „Arbeitgeber“ so zu behandeln und zu entlohnen, wie wir es für uns alle selbst wünschen!

Hamburg.

F. M.—er.

Unterstützungswesen und Pensionskassen

Durch die glücklicherweise abgesetzte Beratung der Anträge zur Leipziger Generalversammlung fand in der Berliner Gaugeneralversammlung keine Diskussion über Ausbau des Unterstützungswesens und über die neu zu bildende Pensions- und Witwenkassen der Angestellten des Verbandes statt. Es ist schon viel darüber diskutiert und geschrieben worden, daß durch die Unterstützungswesen der Verband seine Aufgabe als Kampforganisation nicht genügend löst. Ich bin anderer Meinung; seit meiner Gründung steht der Verband in ständigem Kampfe mit den Unternehmerorganisationen und hat gerade dadurch, daß er in allen Lebenslagen seine Mitglieder vor bitterer Not zu schützen wußte, viel zu seiner heutigen Machtstellung beigetragen. Würden unsere Unterstützungswesen nicht bestehen, so wäre die Situation in den verschiedenen Epochen wahrscheinlich eine sehr große gewesen, was ich bei meiner beinahe 40jährigen Mitgliedschaft und etwa 25-jährigen Tätigkeit als Vertrauensmann sehr leicht bemerken könnte.

Die Gegner des Unterstützungswesens behaupten immer, und auch ich gebe dies gern zu, der Staat und die Kommunen hätten unter allen Umständen die Pflicht, auch für jeden Arbeiter die Arbeitslosen-, Kranken- und Invalidenversicherung so auszubauen, daß der Versicherte

damit auskömmlich leben könnte. Wie liegen aber in Wirklichkeit die Dinge? Seit Ausbruch der Revolution bemühen sich zwar alle politischen Parteien um die Staats- und Gemeindebeamten. Hier hat auch eine der Geldentwertung entsprechende Aufbesserung der Pensionen und Altpensionäre längst stattgefunden, ganz anders verfährt man dem Arbeiter gegenüber. Sowohl die Krankenunterstützung als speziell die Invalidenrenten sind derart zurückgefallen, daß kein Rentner damit vegetieren kann. Nach meiner Ansicht hätte der V.D.G., ebenso unsere Landtags- und Reichstagsvertreter schon längst die Pflicht gehabt, hierin Remedur zu schaffen; aber an den Arbeiter denkt man zu allererst, der ist nur zum Zahlen da und hat, wenn ihn der Unternehmer solange beschäftigt, zu arbeiten, bis er in den Sackeln sticht. Wir haben ja schon, jahraus eine große Anzahl jüngerer konditionsloser Kollegen, während viele alte Kollegen, die das 65., ja selbst das 70. Lebensjahr längst überschritten haben, am Kalten sowohl als auch an der Malaria mühselig weiterkämpfen, um zu leben.

Ähnlich so liegen die Verhältnisse bei Gründung unserer Unterstützungsvereine. Daß wir die Leistungen unserer Verbandskassen nicht der heftigen Geldentwertung anpassen können, ist für jeden denkenden Kollegen klar, aber ebenso klar ist es, wenn sich unser Minimum um das etwa 30fache erhöht hat, daß wir unsre Verbands- usw. Beiträge ganz erheblich erhöhen müssen, um unsere ehemaligen Invalidenunterstützungen um das Sechsfache herauszufinden, und dies wäre sehr minimal. Wären möchte ich aber doch vor dem jetzt so beliebten Geben von Extrazuschüssen, welche mehr oder minder nur ein Almosen und vom Wohlwollen abhängig sind; wo ich Pflichten habe, habe ich auch Rechte, und mancher Konditionslose, Kranke und Invalide darbi lieber, ehe er um eine Extrazuschußung bittet.

Nun zur Angestelltenpensionskasse. Der frühere Staat und auch teilweise der heutige hatte die Verpflichtung, seine Beamten für ihr Alter sicherzustellen, weil er erstens geringere Gehälter zahlte und zweitens, weil ein großer Teil Staatsangehöriger ein weit höheres Einkommen hat als die Beamten, und er daher gezwungen ist, um sich ein Beamtengehalt zu halten, der Einkommensunterschiede wegen einen Ausgleich zu schaffen. Anders liegen die Dinge bei uns.

Unsere Angestellten, deren Tätigkeit ich voll und ganz zu würdigen weiß, sind sowohl pekuniär als auch in bezug auf Arbeitszeit und Ferien besser gestellt als das Gros der Mitglieder. Sie haben nicht mit Arbeitslosigkeit und Streik zu rechnen. Bei Krankheit geht ihr Gehalt weiter und sie können daher nicht verlangen, da sie schon bedeutend niedrigere Kassenbeiträge zahlen, daß für sie, die sie ja ebenso wie wir Alters- und Invalidenrente sowie Verbandsinvalidenunterstützung beziehen, noch eine Pensions- und Witwenkasse geschaffen wird, wozu sie 3 Proz. und die Mitglieder des Verbandes 97 Proz. beitrügen sollen. (Was ist ein Streik, wie aus dem Bericht über die Gaudisfeierlichkeiten vom März d. J. in Nr. 34 des „Korr.“ deutlich zu ersehen ist. Der Verband hätte nach dem in Frage kommenden Vorschlag nur 1 Proz. der Beitragseinnahme, also von einer Mark einen Pfennig an diese Kasse abzuführen, aus der jedoch nicht nur die Angestellten, sondern auch die ehrenamtlich tätigen Verbandsfunktionäre unterstellt werden sollen, und zwar ohne besondere Beitragsleistung, während die Verbandsangestellten 3 Proz. ihres Gehalts [also durchschnittlich über 150 Mk. monatlich] an Beiträgen für diese Kasse zu zahlen hätten. Red.) Zu einer dergleichen Pensionskasse ist auch die Anlage eines neuen Referendats notwendig, welchen wir älteren Mitglieder, die wir 20—45 Jahre zur Organisation gehören, mit aufbringen dürften, ohne für unser eigenes Alter gesichert zu sein. Hier heißt es: „Gleiches Recht für alle, was dem einen recht, ist dem andern billig“, reicht die Invalidenunterstützung nicht aus, so muß sie für alle erhöht werden. Der Einwurf, daß höhere Leistungen bei der Reichsinvalidenrente in Anrechnung gebracht werden, müßte dann erst bei der Pensionskasse recht zu treffen, und wir würden nur dem Staat es erleichtern, weniger Rente zu zahlen. Der Wunsch nach Pensionskassen ist selbstverständlich, zumal ja auch unsere Funktionäre ihr Geld dazu gefast haben, daß die Krankenkassenbeamten pensionsberechtigt sind.

Es gäbe vielleicht aber einen andern Weg: Unsere Angestellten schließen sich der Privatbeamtenversicherung an und der Verband liefert als Arbeitgeber ein Drittel der Beiträge als Zuschuß. Für ältere verdienstlose Angestellte, welche dort keine Aufnahme mehr finden würden, wird schon die Generalversammlung, wie bisher üblich, einen Zuschuß bewilligen, der sich aber bis über den Tod hinaus nicht noch ausdehnen kann, es sei denn, daß auch eine Witwenkasse für die Mitglieder geschaffen wird.

Berlin. K. Sch.

Zur Versorgung der Verbandsangestellten und ihrer Hinterbliebenen

Organisationen sind die Geburt eines Volkes, durch Zusammenfassung gleichgesinnter oder mindestens unter gleichen Verhältnissen lebender Menschen eine Besserung ihrer Lebenslage zu erreichen. Unter erheblichen Schwierigkeiten und den äußersten Widerständen errangen auch die Arbeiter die Kooperationsstreit für sich. Die Basis, auf der die Arbeiterorganisationen sich entwickelten, war die der Solidarität und der gegenseitigen Hilfe, war der Kampf wider die sie unterdrückenden Mächte. In erster Linie wurde Ursache dem Kapitalismus angefaßt, der Kampf gegen die Behörden des kapitalistischen Staates wurde insofern geführt, als sie die Interessenvertreterinnen der das Staatswesen beherrschenden oberen Gesellschafts-

schichten darstellten. Männer von starkem Willen und Können, von selbstloser Hingabe traten in den Dienst der „reinen Sache“. Sie erlitten oft Abermenschliches, arbeiteten unter äußersten Entbehrungen, stellten ihr persönliches Interesse weit zurück und hatten nur das Gesamtinteresse, die Hebung der Arbeiterklasse im Auge. Bei meinen Betrachtungen schwebt ich die zur-Politik ganz aus, obwohl nicht verkannt werden darf, daß es unter ihnen Männer gegeben hat, die der modernen Arbeiterbewegung ungeheure Schwungkraft und Tatwillen einflößten und sich somit ein würdiges Denkmahl in den Herzen klassenbewußter Arbeiter gesetzt haben.

Die rein wirtschaftlichen Kampforganisationen der Arbeiter, die „Klassen-Gewerkschaften, wie sie sich im Gegensatz zu den harmoniebedingten Gebilden nannten, sammelten die gewaltigen Kräfte der ihre Klassenlage erkannten Kampfparteien. Nicht die Bewegung, das Ziel war ihnen alles! Deshalb die ungeheuren Kräfteanstrengungen, der eisernen Erzhülle, mit allen Gewalten den „Satz zu wagen“. Wir wollten es aus der Geschichte und haben es mehr oder weniger selbst miterlebt, wie „aufgeblasst“ worden ist. Führer und Masse waren eins! Ein inniger Kontakt, wie er nicht schöner sein konnte, bestand. Das Ziel verband beide. Das kam aber auch daher, daß der Führer (eine Bezeichnung, die sie damals ehrlich verdienten) sich immer als „Klassengenosse“ fühlte, daß er es verstand, einer „Anleitung“ oder „Verehrung“ aus dem Wege zu gehen, und selbst die „Dankbarkeit“ nicht anerkennen wollte. Es war einmal!

Mit der Erklärung der Organisationen ist aber nicht gleichzeitig der Kampfcharakter größer, gewaltiger und umfassender geworden. Es regten sich Kräfte in der kapitalistischen Gesellschaft, die die wirtschaftlichen Kampforganisationen der Arbeiter der „gesetzmäßigen Entwicklung“ dienlich und nützlich zu machen verstanden. Besonders die „Sozialreformer“ erkannten frühzeitig den Wert eines gewissen Ausgleichs zwischen Kapital und Arbeit durch Tarifverträge zu erstreben und dadurch den Endkampf um die Befreiung der „Lohnneidenschaft“, der Ausbeutung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen hinauszuheben, wenn nicht gar als Utopie abzulassen. Tatsächlich nähert sich die Gedankenwelt der zu einer enormen Macht gebliebenen Zentralverbände, verkörpert in der Spitzenorganisation des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, dem Sozialreformismus. Das Ziel ist wenig, die Bewegung alles! Über nicht eine Bewegung der Massen, sondern die der Führer in allen Fächern der Verhandlungskunst. Die Initiative ist den Massen entzogen, sie werden nach dem System des Staatsbureaucratismus gegängelt und so des Selbstvertrauens beraubt. Damit aber steigt die Macht des Führertums zu gefährlicher Dimensionen. So ein Begriff von „Diktatur“ wird fühlbar. Ich betone das ausdrücklich. Heute nehmen die Führer ihren Klassengenossen gegenüber eine mehr herablassende Stellung ein, fühlen sich durch „Aufsicht“ mehr als „Helfer“, sondern als Selbstherrscher über die Mitgliederarmee. Das soll nicht Bannwort sein, nur eine Konstatierung. Hervorgeht diese Stellung aus der Gesamtentwicklung der Arbeiterorganisationen dank der strengen Zentralisierungsform. In den Mittelgliederkreisen selbst aber sind die „veraltete Rolle“ noch weitgehender Unterfertigung, ein Mangel, der darauf zurückzuführen ist, daß alles Heil von den „bewährten“ Führern erwartet wird, sie selbst aber Dingen aus dem Wege gehen, die nun einmal nicht zu den annehmlichsten des Lebens gehören. Ich neige nicht zu einer ausgeprägten Verantwortung der Führer, was ich verurteile ist die für die Arbeiterbewegung in Erscheinung tretenden Gefahren des Führertums, präziser ausgedrückt Überführertums.

Während es bei Wahlen zu geschwebenden Körperlichkeiten noch heute recht schön klingt, alles „durch das Volk, für das Volk“ und seinen Mittelpunkt erreicht in „Volksstärke sei oberstes Gesetz“, machen sich immer mehr Erscheinungen geltend, die den als sich richtigen Grund abgeben. Von einem Hauch der „sozialen Revolution“, wie der „Korr.“ sie selbst des öfteren erwähnt, ist immer weniger zu verspüren. Mir scheint, und das ist das, was wegen ich mich mit allen Kräften wende, daß die Massenbewegung in eine Drosselkurve ausartet. Ja, ist denn das Wachstum der Arbeiterorganisationen als eine Gefahr für die Erringung des Sozialismus zu bewerten? Ist das Leben und die Pflege der Kräfte zur Erreichung des Zieles eine Sache, die in mancher Hinsicht als nicht zweckmäßig anzusehen ist? Glaubt man, erst alle Menschen reif machen zu müssen, um den Sozialismus durchzuführen zu können, oder sollte nicht vielmehr der Sozialismus erst reife Sozialisten schaffen?

Sollen nun zunächst aus dem Komplex der Arbeiterorganisationen als wichtigste Aufgabe Einrichtungen geschaffen werden, die dem Führertum allein nur einen „sonnigen Lebensabend“ bringen und den Hinterbliebenen die Räte des Lebens erleichtern sollen? Sucht man eine „Sonderstellung“ im Kampf ums Dasein zu errichten? Ist das der Endzweck allen Strebens, allen Fleißes, aller Gedächtnisheit, die Arbeiterorganisation zur Versorgungsstätte der Angestellten auszubauen? Sollte es nicht auch hier heißen, „der Arbeiter kann nur mit seiner Klasse steigen“? Nun, wenn das nicht eine bloße Illusion bedeuten soll, hüte man sich, ein Verlangen zu stellen, das dem markanten Satz direkt ins Gesicht schlägt.

Von vornherein zu bekämpfen sind solcherlei gerichtete Versuche. Sie sind undiskutabel. Worauf liegt die Versorgung der Verbandsangestellten und ihrer Hinterbliebenen seitens der Organisation überdes hinaus? Auf Anstellung auf Lebenszeit! Denn eine Pension hat nur dann realen Wert, wenn sich die Pensionsberechtigten in unklarer Stellung befinden. Was das aber für eine Arbeiterorganisation für rechtliche Folgen haben kann, ist gar nicht auszudenken. Alle Menschen und be-

sonders die Schaffenden haben gleichen Anspruch auf einen „sonnigen Lebensabend“, die Hinterbliebenen vor äußerster Not geschützt zu leben. Das bedeutet aber noch lange nicht, Extrawürste zu braten. Man komme mir nicht mit dem „Guten-Beispiel-Vorgehen“. Das beste Beispiel ist, voranzugehen im Kampf um die Anerkennung der Versorgung aller im Wirtschaftsprüfung Tätigen ohne Unterschied. Jermüßt werden die, die tagtäglich im Kampf ums Brot bei ungleich weniger stabilen Anstellungsverhältnissen stehen, sicherlich früher. Das zeigt die Sterblichkeitsziffer der Arbeiter in den besten Jahren zur Genüge. Ich will den schwereren Sorgenballast der Beschäftigten nur andeuten. Abgegeben davon soll die Arbeiterorganisation zu keinerlei Versicherungsanstalt gemacht werden. Die entrichteten Beiträge sollen nur dem stetig geführten Befehlshauptamt aus den Fesseln des Kapitalismus dienen. Wird dies verkannt, ist an eine Überwindung desselben nicht zu denken und übrig bleibt dann nur noch die „Almosenpolitik“.

Gegen eine Bezahlung der Angestellten, die im Verhältnis zu der im Berufe tätigen Mitglieder als eine sehr anständiges zu bezeichnen ist, bin auch ich nicht. Die Ferien sind in ein gleiches Verhältnis zu bringen. Zudem existieren die staatlichen Versicherungszweige auch für die Angestellten, sind also wie die Mitglieder vor dem „Auserstehen“ geschützt. Aber, und das ist der springende Punkt, diese Versicherung ist ihnen nicht weitgehend genug, und da in absehbarer Zeit an eine Erweiterung nicht gedacht wird, wollen sie eine Ausnahmebestellung einnehmen. Siein unüblich, aber ein sehr selbstsüchtiger Gedanke. Bedenkt doch, daß es Arbeitergroßen sind, die sie sich schwer abarbeiten müssen, da sie ja für alles nur die meckende Kuh sind. Entschieden werde man sich daher gegen die Errichtung einer Pensionskasse. Sie ist bei ihrer Sonderstellung im Vergleich zu den gleichen Rechten und gleichen Pflichten zutretenden Mitgliedern als „unsozial“, als Mittel gegen das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder in allen Angelegenheiten kurzweg abzulehnen.

Kollegen, nehmt diese Angelegenheit nicht auf die leichte Schulter, laßt euch nicht vom „sozialen“ Gefühl, an das appelliert werden wird, leiten, würdigt sie ihrer vollen Tragweite und entscheidet euch rechtzeitig für ein Ja oder Nein, damit die Delegierten auf der Leipziger Generalversammlung genügend von eurem Willen unterrichtet sind und in der Weise wirken, daß ein „sonniger Lebensabend“ für alle durch die unausbleibliche soziale Revolution erstrebt wird, eingehend des auch vom „Korr.“ zu eigen gemachten marxistischen Grundgedankens: der Arbeiter kann nur mit seiner Klasse steigen!

Neuhöfen. Hermann Koffe.

Unterstützungskasse für unsere Angestellten und ehrenamtlichen Funktionäre

Der Antrag des hiesigen Mittelberger Generalvereins, der im März d. J. vom Verbandsvorstand (unter 366) ein Antrag gestellt, welcher die Errichtung einer besonderen Unterstützungskasse vorschlägt, aus der die in Folge Alters oder Krankheit außer Tätigkeit tretenden Angestellten und die von Unfall betroffenen ehrenamtlichen Funktionäre und deren Hinterbliebenen Unterstützung erhalten sollen. So lobenswert die Schaffung einer solchen Unterstützungskasse scheinen mag, so ist es doch geboten, daß unsere Vertreter das Für und Gegen hierzu vorher reiflich abwägen, indem sie sich fragen: Wie wird die Gesamtkollegenchaft eine solche Kassenerrichtung aufnehmen? Wird dieselbe doch im gewissen Sinne den Ausdruck der Klassenunterstützung in sich, indem die Angestellten gegenüber der Allgemeinheit eine Mehrbewertung erfahren. Vereinzelt finden wir bei größeren Betrieben unseres Berufs sogenannte Pensionskassen für Angestellte und Arbeiter, welche ähnlichen Unterfertigungen, wie sie der Vorstandsantrag will, dienen sollen, jedoch ist der Grund zu diesen Kassenerrichtungen mehr auf egoistischen Weltblick für Unternehmerinteressen zurückzuführen, als daß er nur der Sorge für die Arbeiter entspringen sein dürfte; man will die Arbeiter dadurch mehr an die Betriebe fesseln. Anders liegt die Sache bei dem für uns in Frage stehenden Antrag; hier soll nur ein kleiner Teil der zu dem großen Betrieb unternommen Organisation gehörenden Mitarbeiter besondere Zuwendungen erhalten, während man die grobe Masse ausschließen will. Lebtens Endes sind die Mitglieder als Träger der Organisation, im gewissen Sinne, in ihrer Gesamtheit die Arbeitgeber der Angestellten und kann man kaum glauben, daß sie gewillt sind, bei den von ihr zu schaffenden Wohlfahrtsanstaltungen sich selbst auszuschalten, wo sie solche allgemein notwendig erachten und dieselben auch sozialerlei für sich erstreben. Vielleicht wird dem entgegengehalten werden, man müsse für unsere Angestellten besonders sorgen, um nach außen hin ein gutes Beispiel zu geben. Dieses zur Berücksichtigung zugegeben, muß dann die Frage gestellt werden, wie sorgt man für die grobe Masse der übrigen alten Kollegen. Es dürfte doch nicht überleben werden, daß unter unsern alten Kollegen so mancher in jahrelanger ehrenamtlicher Tätigkeit seine freie Zeit vorzeitig der Organisation geopfert und seine Dienste der Gesamtkollegenchaft gewidmet hat. Gaben wir doch ehrenamtliche Funktionäre, die 10 bis 20 Jahre und noch länger in lobenswerter Pflichttreue gewissenhaft Vorstandsposten versehen haben. Diese Kollegen sind nicht minder wie unsre ausgeübten Angestellten besorgt darüber, wie sie, wenn sie beruflich nicht mehr arbeiten können, ihre letzten Lebensjahre mit der geringen Verbands- und der staatlichen Invalidenunterstützung fristen sollen. Gerade bei diesen alten Kollegen würde die Bewirtlichung des gestellten Antrags eigenartige Gefühle erwecken. Denn die ausdauernde ehrenamtliche Tätigkeit kann doch wohl kaum mit der „hohen“

Remuneration reiflos als abgeholten erachtet werden. Sören wir doch immer wieder die Mahnung an die älteren Kollegen, sich in der jetzigen schweren Zeit der Organisation zur Verfügung zu stellen. Alle Kollegen, im besonders unsere alten Verbandsveteranen, unsere zahlreichen Verbandsjubilare, würden sich freuen, wenn unsere Organisation für ihre letzten Lebensjahre im Alter mehr, wie früher üblich, sorgen könnte. Wir müssen andre Wege für die Allgemeinheit suchen, als der Vorstandsantrag ihn gehen will.

Was die in dem Antrage zu a und c gedachte Unterstützung der von Unfall betroffenen ehrenamtlichen Funktionäre anbelangt, so erfordert diese keine besondere Unterstützungskasse, denn diese Fälle sind doch wohl so vereinzelt, daß vornehmendfalls ohne weiteres die Verbandskasse helfen könnte. Der Antrag b und d wird aber dazu angehen sein, den Abstand zwischen Angestellten und Mitgliedern zu vergrößern und Unstimmigkeiten in den Reihen der Mitglieder auszugleichen. Unsere Angestellten soll und muß ein angemessenes Gehalt gesichert werden, was aber hierüber hinaus außerdem seitens der Organisation für diese Mitglieder gewährt wird, darf den andern mindestens gleichbedürftigen Mitgliedern nicht vorenthalten werden. Soll eine Pensionenkasse geschaffen werden, dann muß auch allen Mitgliedern die Möglichkeit gegeben werden, für den Notfall daraus sich Bezüge zu sichern. Ist die Schaffung einer solchen Kasse für die Allgemeinheit nicht möglich, dann muß sie unterbleiben, dann kann nur unsere Invalidenkasse lindernd helfen. Auch die Gewährung eines erhöhten Sterbegeldes müßte angestrebt werden. Revidieren wir bei der Invalidenkasse die Staffeln der Kategorien, erhöhen wir die Invalidenunterstützung um ein Bedeutendes, indem wir dabei im besonders an die alten, im Dienste der Organisation und des Berufs ergrauten Mitglieder denken. Sollen wir uns aber vor Einführung einzelner Unterstützungsrichtungen für Mitglieder und Angestellte, sie könnte unliebsamen Zündstoff geben, von dem unsere Angestellten selbst am meisten in Mitleidenschaft gezogen würden. Eine ausreichende Invalidenunterstützung wird nicht minder die Zusammengehörigkeit fördern und unsere Kollegen an die Organisation fesseln wie alle andern Unterstützungswege unseres Verbandes.

Münster. B. M.

Beitragerhöhung — Invalidenunterstützungen

Große Freude hatte mir die Mitteilung der Beitragerhöhung des Vorstandes insofern bereitet, als ich daraus die Aufmunterung zu dieser Erhöhung von vielen Seiten des Mitgliederkreises erlaube. Ich erkenne darin immer noch Verständnis und den alten Geist des allergrößten Teiles der Kollegen für die Verlassenheit des Invaliden.

Von einem Verlassenheit kann heute tatsächlich gesprochen werden, wenn man den Wert der Mark, auf höchstens 3 Pf. beziffert und dieses nicht aus den Augen verliert. So erhalten die arbeitenden Kollegen durchschnittlich 30 Mk. Wochenlohn, die Invaliden den Tag 15—18 Pf. mit den Extrabehältnissen und 9 Pf., jezt etwa 18 Pf. aus der Landesversicherung. Früher erhielten unsere Invaliden 75 Pf., später 1 Mk. täglich. Hierzu kamen auch noch Orts-, Bezirks- und manchmal besondere Unterstützungen. Das konnte man noch Unterstützung nennen.

Sa, wir zahlten aber auch dementsprechende Beiträge von wöchentlich 150 Pf. und mehr. Heute erhöht sich der Verbandsbeitrag um 16 1/2 Pf., also auf 51 Pf. Hierzu kommen noch die Orts- usw. Zuschläge, die wohl im höchsten Falle 35 Pf. betragen. Das sind 86 Pf. Was ist das aber gegen 150—180 Pf.? Wir haben neben diesen Unterstützungen auch einen Kampfpond gesammelt, und haben auch schwere Kämpfe unter viel schwierigeren Verhältnissen des Sozialistengesetzes durchgeführt und die braven Kollegen, sowohl auch Kranke und Invaliden waren nicht verlassen. Es herrscht aber auch Kollegialität und Opferinn in unserm Kreise. Bemerklich ist noch, daß Kranke und Reisende sowie Arbeitslose Invalidenbeitrag zu zahlen hatten. Den Reisenden wurden täglich 5 Pf. von ihren 75 Pf. abgezogen.

Obne janges Befinnen willigten die meisten Kollegen unterstützungswillig in die Statutenänderung ein und verzichteten dadurch auf die Ansprüche aus der Invalidenkasse, natürlich im Vertrauen darauf, daß sie von der Kollegenschaft nicht verlassen würden. Denn heute kann uns die Unterstützung gewährt werden, damals hatten wir einen rechtlichen Anspruch darauf.

An euch, liebe Delegiertenkollegen richte ich die Bitte: Verlaßt euch nicht auf den Staat! Was der uns bietet, das haben wir nach den drei Jahren durchkosten. Sieht zurück zu der Einsicht der Alten. Selbst ist der Mann. Verlaßt eure alten Kämpfer nicht, die nicht nur jahrelang die hohen Beiträge gezahlt, sondern auch gekämpft und geküsst haben für die Ideale, die ihr nun verwirklichen konntet. Immer wieder waren es meist Buchdrucker, die als Moniere die Freiheitsgedanken und das sozialpolitische Verständnis in die Arbeiterkassen hineintrugen. Seht zu die alten Kämpfer an. Mit 35 Jfr. täglich sollen sie mit ihren Frauen leben. Was von den dürftigen Subtilitäten noch vorhanden war, ist längst verkauft. Immer geht es ein klein wenig besser, deshalb macht keinen Unterschied, wie der Berliner Antrag 193 es wünscht. In allerdingsten Fällen kann ja der Ortsverein helfend eingreifen.

Siebt leid ihr noch lakräftig. Uns hat auch keiner an der Wiege gelungen, wie es uns im Alter geht; deshalb hebt euch nicht vor den hohen Beiträgen von 150 Pf., dann sammelt ihr einen Kampfpond und werdet auch eurer Pflicht den Invaliden gegenüber gerecht.

Sobenneuendorf.

E. Kr.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Die Tarifkonflikte bestehen zur Zeit in Ostpreußen noch in Barthenstein, Staffupönen und Wehlau. Zugang nach diesen Orten hat zu unterbleiben. Die Konfliktangelegenheiten aus Ostpreußen ist unbedingt bei den zuständigen Organisationsstellen erst anzufragen.

Dresden. Die Mitgliederversammlung am 26. Mai beschloß sich erst mit einem Antrage Gieppner und Genossen, die Gantage künftig spätestens im April stattfinden zu lassen. Nachdem vom Vorstandliche erklärt worden war, daß dies schon aus technischen Gründen nicht möglich sei, es sich auch in den Jahren, in denen eine Verbandsgeneralversammlung stattfinden, empfehle, den Gantag nach dieser abzuhalten, wurde der Antrag gegen zwölf Stimmen abgelehnt. Unter „Verbandsangelegenheiten“ verlas der Vorsitzende ein Schreiben des Verbandsvorstandes, in dem der letztere zu der in der vorigen Versammlung gefassten Entschloßung Stellung nimmt. Kollege Breyer meinte, es seien noch nicht einmal Bestehenspläne gemeldet, die das letztemal bewilligt worden wären. Unre Gewerkschaftskassier sei falsch und eine breitere Front sei nötig. Kollege Giebler forderte eine rein proletarische Einstellung gegen den Kapitalismus. Nur ein Massenkampf könne uns Erfolge bringen. Die Kollegen Freitag, Schenk, Wendische, Schröder, Alb. Lehmann und Baumeister traten diese Aufstellungen entgegen. Mit dem Schlagwort Massenkampf sei gegenwärtig nichts anzufangen. Erst wenn wir die wirtschaftliche Macht besäßen, sei Aussicht auf größere Erfolge vorhanden. Nur Aufklärung der Massen könne uns weiterbringen. Die hier ausgelegte kommunistische Demagogie würde uns nur Schwierigkeiten bereiten und sei weit davon entfernt, eine Einigung der Arbeiterkassen herbeizuführen. Die den Führern innewohnende Verantwortlichkeit zwingt, andre Wege einzuschlagen. Hier auf wandle man sich der Beratung der Tagesordnung zur Generalversammlung des Verbandes zu. Es würde eine Generalabstimmung gewünscht und beschloßen. Kollege Breyer trat wieder für den Industrieverband ein. Der Graphische Bund könne das nicht schaffen, was nötig sei. Der Berufsverband müsse fallengelassen werden. Kollege Giebler wünschte, daß von den Delegierten für den Dresdener Antrag wegen der Arbeitszeitverkürzung, für die Erweiterung des Mitbestimmungsrechts der Mitglieder und für den Düsseldorf Antrag wegen der sozialistischen Wirtschaftsweise eingetretet wird. Der Antrag wegen des Ausschlusses von Mitgliedern habe eine kommunistische Spitze und sei zu bekämpfen, dagegen die Freiheit zu unterstützen. Bei der Frage der ferneren Tarifgemeinschaft seien nur insofern Verträge mit den Unternehmern anzuschließen, als es unbedingt erforderlich sei. Das Konto des „Korr.“ sei einzuschranken. Die Handwerker seien jetzt Stilleständer; die Schaffung einer Sparte für diese müßte unterstützt, dagegen der Faktorenbund an die Wand gedrückt werden. Hierzu sprachen noch die Kollegen Freitag, Wendische und Schröder. Von den Vorrednern sei der eine für den Industrieverband, der andre für eine Handwerksparade eingetreten. Das sei ein Widerspruch. Die Freiheit sei sowohl von der unabhängigen wie von der kommunistischen Richtung in der unanständigen Weise ausgenutzt und die Organisation mit Schmutz bemoren worden. Wer davon nicht ablasse, müsse die Konsequenzen ziehen. Die Kollegen für unser Organ seien im Verhältnis zu andern Fachblättern gering, und die geistige Arbeit unserer Redakteure müsse anders eingeschätzt werden, als es hier geschehen sei. In den vorliegenden Anträgen seien viele Widersprüche enthalten. Die Unterstützungen abzuhauen, wie es ein Antrag Baupen wolle, hätten wir keine Veranlassung. Auch über den Fortbestand der Tarifgemeinschaft könne man sich heute noch nicht festlegen. Es sei nicht möglich, das Unterstützungswesen von der Organisation zu trennen. Wenn die vom Verbandsvorstand vorgeschlagenen Erhöhungen der Unterstützungsätze beschloßen würden, hätte man mit einem Beitrag von 20 Mk. zu rechnen. Unre gewählten Vertreter müßten als ehrliche Kollegen entscheiden; dann hätten sie ihre Pflicht getan. Nach einigen Erörterungen von oppositioneller Seite erfolgte Schluß der leider sehr schwach besuchten Versammlung.

Freiburg i. Br. Der Ortsverein begeht sein diesjähriges Johannistfest am 24. Juni im Saalbau Wehren in Gestalt eines Familienabends. Mit der Feier wird die Ehrung von fünf Jubilaren verbunden, und zwar des Kollegen Julius Gassler, der auf eine 50jährige Verbandzugehörigkeit zurückblicken kann, und der Kollegen Karl Fiesch, Joh. Serientstein, Hermann Mutterer und Anton Stelefeld, die im Laufe des Jahres auf eine 50jährige Tätigkeit im Berufe zurückblicken können. Die große Achtung, die sämtliche Jubilare bei der ganzen Kollegenschaft genießen, läßt eine allgemeine Teilnahme an der Feier erwarten. Auf eine 25jährige Verbandzugehörigkeit können in diesem Jahre elf weitere Kollegen zurückblicken.

Radegung i. Sa. (Konflikt.) Die Beihilfen der Buchdruckerei Max Henschel haben seit 12. Juni im Streik, da Herr Henschel aus der Tarifgemeinschaft ausgestreitet ist. Zugang ist fernzubahalten.

Die Aufnahme des neuen Lohnabkommens

Ansbad. Am 11. Juni hielt der Bezirksverein Ansbad in den Mauern der alten Laubertsdorf Rothenburg seine Bezirksversammlung ab. Es war von den Kollegen der umliegenden Druckorte sehr zahlreich besucht. Bei der Aussprache über die letzte Tarifauschloßung

wurde das Verhalten der Prinzipale angefaßt der liberal herrschenden Hof in Gehilfenkreisen sehr mißbilligt. Das finanzielle Ergebnis des Schiedspruchs wurde als zu nieder stark verurteilt. Es wurde beschloßen, dem Gauvorsitz nachstehende Resolution zu übermitteln: „Die Mitglieder des Bezirksvereins Ansbad protestieren nachdrücklich gegen das anläßlich der letzten Tarifauschloßung beschlossene geringe soziale Verständnis der Prinzipale. Auch der Schiedspruch ist in keiner Weise mit der täglich zunehmenden Leuerung in Einklang zu bringen. Die Bezirksversammlung fordert daher den Gau- bzw. Verbandsvorstand auf, den Tarifauschloßung der letzten Gang enorm steigenden Leuerungsverhältnisse so bald als möglich zur Festlegung einer neuen, der stets wachsenden Leuerung entsprechenden Zulage einzuberufen, damit auch nur einigermaßen die Notlage der Buchdrucker gehilfen gebessert wird. Sollte die Prinzipalität den gerechten Forderungen der Gehilfen abermals ablehnend gegenüberstehen, so werden wir uns nicht scheuen, uns durch Kampf das zum Leben Notwendige zu erringen. Ferner fordert die Bezirksversammlung die endliche Festlegung einer Einheitsfront der gesamten Arbeiterkassen, um dem Zusammenstoß der Unternehmung und der Konzentration des Kapitals eine geschlossene Front gegenüberstellen zu können.“

Brieg. Am 10. Juni fand hier eine öffentliche Buchdruckerversammlung statt, die aber infolge der bedauerlichen Interesslosigkeit der Kollegen nicht besonders gut besucht war. Gauvorsitzer Fiedler sprach über die letzten Tarifverhandlungen in Berlin. Folgende Resolution wurde von der Versammlung angenommen: „Die Versammlung ist sich bewußt, in welcher schwierigen Lage sich unsere Tarifvertreter befinden haben. Sie erklärt sich nur unter diesen Umständen einverstanden mit der erhaltenen Lohnerhöhung und spricht unsern Vertretern ihr Vertrauen aus. Die Kollegen sind aber entschlossen, wenn es einmal nicht anders geht, mit ihrer ganzen Kraft hinter ihren Führern zu stehen.“

Essen. Unre Bezirksversammlung am 1. Juni nahm zum neuen Lohnabkommen Stellung. Es wurde als unerhört bezeichnet, daß die Prinzipale uns zumuteilen, bis Ende Juni zu warten. Leider hätten die Gehilfenvertreter mit dem Zusammenpacken ihrer Mappen nur halbe Arbeit gemacht. Es gelang eine Entschloßung zur Annahme, die unsern Verbandsvorstand auffordert, eine Abstimmung über das Lohnabkommen vorzunehmen.

Köthen. In der außerordentlichen Versammlung am 10. Juni schilderte unser Gehilfenvertreter König die Lage im Buchdruckgewerbe und berichtete lobend über die letzten Tarifverhandlungen. In der darauffolgenden Aussprache, an der sich verschiedene Kollegen beteiligten, geißelte man in scharfen Worten die provozierende Stellungnahme der Prinzipale. Die Wogen der Erregung in der Kollegenschaft gingen so hoch, daß der Vorsitzende große Mühe hatte, die Versammlung zu bejähigen. Es wäre zu wünschen, wenn die Herren einmal aus den Wäldern herabsteigen würden und sich das Buchdruckerleben in natura ansehen würden. Vielleicht kämen sie da zur Einsicht. Gerade in der letzten Woche sind die Lebensmittel und sonstigen Bedarfsartikel sprunghaft in die Höhe geklettert, so daß die Leuerungszulage einem Tropfen auf dem heißen Stein gleicht. Die Versammlung dankte dem Referenten für seine Ausführungen.

Briefkasten

S. Schw. in B.: Danken für Zuwendung: solche Beistände nehmen wir jedoch nicht an. — S. S. & G. in B.: Von 25jährigen Gehilfenkreisen eines Angestellten nehmen wir kein Anzeig. — G. H. in B. C.: Das Reichsbuch für Buchdrucker ist seit längerer Zeit vergriffen; ein Neubruck wegen schwacher Grenz- und Losenfragen und des dadurch erschweren Neubrucks der Landkarte usw. zunächst noch nicht möglich. Interessenten ist zu empfehlen, sich ältere, gebrauchte Exemplare durch Vermittlung der Ortsvereine usw. zu verschaffen. Wir selbst können uns nicht damit befassen. — W. A. in G.: Man harret der Dinge, die da kommen sollen und wird kein mögliches tun, um die Berichtigung zu erreichen. — A. S. in B. und A. S. in M.: Wird aufgenommen. — G. Sch. in G.: 7 Mk.

□ □ □ Verbandsnachrichten □ □ □

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamißplatz 511.
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Leipzig. (Konferenz der Buchdruckmaschinenmeister Deutschlands am 1. und 2. Juli in Leipzig.) Alle am Freitag, dem 30. Juni, einreisenden Delegierten erhalten ihren Quartierausweis im Volkshaus, Zimmer Nr. 9. Das Volkshaus, Zeiler Straße 32, ist vom Hauptbahnhof mit der Straßenbahnlinie 10 (Richtung Connewitz) zu erreichen.

Adressenverzeichnis

Frankfurt a. d. O. (Stadt.) Vorsitzender: G. Wagner, Große Scharrstraße 70.
Vorgau. Vorsitzender: Adolf Unger, Schützenstraße 7a.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 41 Tagen an die beigeigte Adresse):
Im Gau Mittelrhein der Seher Eugen Lang, geb. in Würzburg 1898, ausget. bei 1916; war noch nicht Mitglied. — Friedrich Conrad in Mainzheim, U. 2. 9.
Im Gau Schwabw.-Stetten der Seher Klaus Feuer, geb. in Müller 1899, ausget. in Ebdolch (Holl.) 1921; war noch nicht Mitglied. — Martin Prüler in Siedl, Schauenburgerstraße 34 p.

Versammlungskalender

Dresden. Maschinenseherversammlung Sonntag, den 25. Juni, vormittags 10 Uhr, in der „Mattenrede“, Matharinenstraße, Ecke Breite Straße.
Düsseldorf. Maschinenseherversammlung Sonntag, den 25. Juni, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Karlshäuser Hof“, Karlsplatz 7.

(Merg eine Beilage.)

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummer 50 Pfennig. Portobetrag für die Zustellung extra. Vorauszahlung Beilage.

Beilage zu Nr. 71 — Leipzig, den 22. Juni 1922

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Rechtzeitige Bezugserneuerung des „Korr.“

zum Quartalswechsel im Vorauszahlung für angeforderte Zustellung. Da Bestellgebühren fortgefallen, ist der Bezugspreis nur 3 Mark.

Bekanntmachung

Die mehrmalige Erhöhung des Druckpreistarifs, das fortgesetzte Steigen der Papierpreise, die gegenwärtig das Hundertfache der Friedenspreise erreichen, haben die Herstellungskosten für den „Korrespondent“ in erheblichem Umfang vermehrt. Hierzu kommt, daß auch die Postzeitungsgebühren noch eine wesentliche Erhöhung erfahren werden.

Wir haben uns deshalb gezwungen gesehen, den Bezugspreis für den „Korr.“ vom 1. Juli d. J. an auf

3 Mark

vierteljährlich festzusetzen. Mit dieser in ganz bescheidenen Grenzen gehaltenen Erhöhung können natürlich bei weitem nicht die Mehrkosten ausgeglichen werden, die durch die Preissteigerungen auf allen Gebieten dem Verlag erwachsen sind und weiter erwachsen werden. Mit dem Bezugspreis des „Korr.“ müssen aber mindestens die Postgebühren und die Verpackungspfennig gedeckt werden. Da die Zuschüsse der Verbandskasse naturgemäß im fortgesetzten Steigen begriffen sind, wird die Generalversammlung des Verbandes zu einer Neuordnung der Bezugsbedingungen Stellung zu nehmen haben.

Der neue Bezugspreis ist in der Postzeitungliste bereits eingetragen und wollen die Besteller hierauf bei der Abonnementserneuerung Bedacht nehmen. Wir erwarten, daß die Leser des „Korr.“ die gewiß recht mäßige Preissteigerung, die für die Einzelnummer nur knapp vier Papierpfennige beträgt, im Interesse ihres Organs auf sich nehmen werden.

Berlin, den 12. Juni 1922.

Der Verbandsvorstand.

■ Aus dem Genossenschaftsleben ■

Die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg

veröffentlicht kürzlich ihren Jahresbericht für 1921, der einleitend feststellt, „daß die vom Abbau der Zwangswirtschaft erwartete bessere Versorgung des Warenmarkts tatsächlich eintrat“ und daß die im Verlaufe dieser Besserung eingetretenen enormen Preissteigerungen, die in Verhinderung der tatsächlichen Sachlage auf das Konto des Abbaus der Zwangswirtschaft geschrieben werden, „infolge des stetig sinkenden Wertes der deutschen Mark“ unvermeidlich geworden sind. Dies läßt sich in der Tat schon an einem Beispiele nachweisen: als der Dollar auf 180 Mk. „heruntergekommen“ war, sank das Schweinefleisch, dessen Inlandspreis einschließlich des amerikanischen Zolls beeinflusst ist, von rund 50 Mk. für das Kilo auf 20 Mk. herunter, eine Tatsache, die zeitlich mit dem Abbau der Zwangswirtschaft in Fleisch, Getreide und Ölen zusammenfällt. Oberflächliche Betrachter hätten daraus schließen müssen, daß das Sinken der Schmalz-, Margarine- usw. Preise nun eine Wirkung des „freien Handels“ wäre. Aber diese Schlussfolgerung ist genau so falsch wie die, daß, weil die Preise nun seit Ende 1921 — die Preislenkung begann im Frühjahr 1921 — prinzipiell aufwärts gegangen sind, der Abbau der Zwangswirtschaft daran schuld sei. Denn dann müßte ja im Frühjahr 1921 nicht eine Preislenkung, sondern eine Preissteigerung eingetreten sein; aber das Gegenteil war der Fall. Es ist also in der Tat der sinkende

Wert der Mark oder das Steigen des Dollars, welcher die Preise in der jetzigen unbilligen Weise „reguliert“. Es ist wichtig und nützlich, diese unbestreitbare Tatsache festzuhalten, womit allerdings nicht gesagt sein soll, daß nun auch die Frage der — Gefährdungslage nach dem gleichen Gesichtspunkte zu bewerten wäre.

Wie sehr die genossenschaftliche Warenversorgung nun wieder „zum Zuge“ gekommen ist, ergibt sich daraus, daß der Warenumsatz der GGG von 1,35 (1920) auf 2,40 Milliarden (1921) gestiegen ist, wobei der Bericht hervorhebt, daß nicht nur die Werte, sondern auch die Mengenumläufe in ganz erheblicher Weise an dieser Steigerung teilgenommen haben. Was sich übrigens schon daraus ergibt, daß wichtige Massenkonsumartikel, wie Schmalz, Mehl und Fett (s. o.) u. a. m. in der ersten Hälfte 1921 gegen 1920 im Preise bedeutend gefallen waren. Die GGG unterhält jetzt nicht weniger als zehn große Lager in größeren Städten Deutschlands, sie dürfte damit zum größten Handelsunternehmen Deutschlands emporgeklungen sein. Dabei ist die GGG, wie man weiß, nicht nur Handelsunternehmung, sondern in steigendem Maße wird auch die Eigenproduktion in den genossenschaftlichen Tätigkeitsbereich einbezogen. In den Zigarren-, Zigaretten-, Rauchtabak- und Seifenfabriken, in Holzwaren-, Mehl-, Zuckerwaren- und Schokoladenfabriken, in der Milchindustrie, Feinstmehle und Alltöne, in der Holzindustrie, Wollwaren- und in der Weberei und Konfektion Oppach, in Bücherei, Zündholz- und Alltönefabriken wurden zusammen für 234¹/₂ Mill. Mk. Warenwerte erzeugt bzw. umgefertigt, gegen 156¹/₂ Mill. Mk. in 1921 — eine Tatsache, die jetzt, wie gerade der genossenschaftlich organisierte Konsum die Grundlage einer Regelung der Produktion bildet und bilden muß.

In der Bankabteilung liegt der Geldumsatz im Giroverkehr von 3,49 Milliarden auf 6,84 Milliarden Mark d. h. um es deutlicher zu machen: von 3490 Millionen auf 6840 Millionen! Die Bankleistungen betragen am Jahresschlusse rund 212 Mill. Mk., gegen 117 Millionen im Vorjahr. Als bekannt darf vorausgesetzt werden, daß die Zentralen der Gewerkschaften und der Konsumgenossenschaften die Frage der Errichtung eines gemeinschaftlichen Bankunternehmens erwägen; aber die besonderen Verhältnisse der Genossenschaften einerseits, die in einem in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise unmöglich vorauszuweisenden Kreditbedürfnisse der Konsumvereine andererseits, und der Gewerkschaften andererseits, die bei den plötzlich ausbrechenden Massenkämpfen Hunderte von Millionen Mark „liquidi“, d. h. sofort flüssig werdende Mittel haben müssen, lassen diese Frage auf absehbare Zeit nicht als lösbar erscheinen. Dies nur nebenbei.

Die Zahl der beschäftigten Personen der Gesellschaft liegt von 2427 auf 3139, denen an Löhnen und Gehältern 40218973 Mk. (1920: 21779397 Mk.), für Versicherungsbeiträge aller Art 1346143 Mk. (1921: 821000 Mk.) gezahlt wurden. Die Steuern betragen 8821000 Mk. (6205000 Mk.). Man braucht diesen Vergleichszahlen nur eine Minute stiller Betrachtung zu widmen, um zu erkennen, in welcher riesiger Weise die Ausgaben und damit die Aufgaben der Gesellschaft gewachsen sind.

Aus der Bilanz auf 31. Dezember 1921 fällt einem das Stammkapital von 50 Mill. Mk. in die Augen, von welchem aber erst 25,4 Mill. Mk. eingezahlt sind. Damit vergleiche man die Leistung des Warenumsatzes von 2,4 Milliarden und der Eigenproduktion von 234¹/₂ Mill. Mk. und man wird finden, daß das genossenschaftliche Wirtschaftssystem zwar Kapital besitzt wie jedes andere, daß es sich aber vornehmlich auf die Konsum- und Kaufkraft der Massen stützt und darin auch nur seinen Ausweg findet gegenüber dem „Massenwaller“ von 25,4 Mill. Mk. effektiv eingezahlten Stammkapitals. In diesem Zusammenhang ist der Überschub besonders erwähnenswert, denn er beträgt 15261000 Mk. (1920: 4436000 Mk.) gegenüber einem eingezahlten Stammkapital von 25,4 Mill. Mk.! Die Reserven betragen jetzt schon 26859000 Mk. — also 1,4 Mill. Mk. mehr als das eingezahlte Stammkapital! —; dazu kommen soziale Fonds mit 3692000 Mk., Zuweisungen zum Bank- und Produktionsfonds von 7246000 Mk. — also ein finanzieller Stand, der den kommenden Wirtschaftskrisen gegenüber die Lage der GGG. als durchaus gesichert ansehen läßt.

Da die GGG. ein gemeinschaftliches Unternehmen von 1026 Konsumvereinen (1920: 1003) ist, so sind ihre Leistungen und ihre Entwicklung von jedem einzelnen Volkswirtschaftler, insbesondere aber vom Standpunkte der arbeitenden Massen, welche an die Stelle der Profitwirtschaft die genossenschaftliche Gemeinwirtschaft gesetzt haben wollen, mit innerster Beteiligung zu begrüßen. Denn hier handelt es sich um Realitäten, nicht um „graue Theorien“.

Diese Entwicklung müssen insbesondere die Gewerkschaften fördern helfen und sie dürfen an der Selbständigkeit der konsumgenossenschaftlichen Bewegung nicht zübeln lassen, die so gute Resultate zeitigt. [1]

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Zur Beachtung für Reisekasserverwalter! Die Sabl'sche Aktienbank befragt sich, daß seit April d. J. fortgesetzt durchreisende Kollegen, die aus Chemnitz, Dresden, München, Braun, Weimar, Eisenach usw. kommen, stets noch alte Reisekassentafeln haben, die die neuen Adressen oder Sabl'sellen nicht enthalten, sondern die alten. Wenn die Verwalter aus Sparmaßregeln die alten Reisekassentafeln noch verwenden, so wäre es doch deren Pflicht, die durchreisenden Kollegen auf die neueren Adressen und Sabl'sellen aufmerksam zu machen oder einen genügend groß lesbaren Auszug anzubringen, der den reisenden Kollegen und auch dem Reisekasserverwalter am Orte viel Verdruß und Unannehmlichkeit erspart. Es ist doch kein Vergnügen, wenn ein Reisender 20—30 km und oft mehr gewandert ist, und er muß dann erst lachend die Stadt ablaufen, bis er die neue Sabl'selle gefunden hat. Was dann der neue Reisekasserverwalter alles mit anhören muß, läßt sich kaum schildern.

Kein Offsetdrucker nach Nordamerika. Der Verband der Lithographen und Steindruckere Deutschlands warnt eindringlich vor Arbeitsaufnahme nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Dort befinden sich die Berufsangehörigen seit längerer Zeit in einem Abwehrkampf, und man verliert nun Arbeitskräfte aus dem Inlande, namentlich Deutschland, herauszuleben. Augenblicklich hält sich ein Agent mit Namen Lindemann in verschiedenen Großstädten Deutschlands auf und verliert unter großen Versprechungen, Lithographen für moderne Offsetverfahren nach Nordamerika zu engagieren. Da auch schließlich Offsetdrucker als Kriegskräfte gesucht werden dürften, seien die in Betracht kommenden Offsetdrucker, die in unserem Verband organisiert sind, ganz besonders auf die Warnung aufmerksam gemacht.

Arbeitsmarkt und Wirtschaftslage im graphischen Gewerbe. Über die Lage im graphischen Gewerbe berichtet das „Reisekassentafelblatt“, daß es wohl im allgemeinen noch guten Auftragsbestand hat, daß aber die Bereinigung lohnender Aufträge bei den hohen Preisen für die Erzeugnisse immer mehr Schwierigkeiten macht. Andererseits wird berichtet, daß in Erwartung kommender höherer Preise besonders die Industrie sich im voraus für längere Zeit einrichtet; einzelne Industrielle gehen so weit, schon jetzt Druckplatten herstellen zu lassen, die erst im Dezember gebraucht werden. Im allgemeinen ist jedenfalls ein Nachlassen des Auftragsbestandes im graphischen Gewerbe nach dem Berichte der Handelskammer München noch nicht zu beobachten, im Abgange von Luxuswaren sind freilich Anzeichen einer rückläufigen Bewegung vorhanden und eine gewisse Unsicherheit im Hinblick auf die Entwicklung der Preisgestaltung zu beobachten. Fachzeitschriften, die schon bisher nach Umfang und Erscheinungzeit wesentlich eingeschränkt worden sind, können unter den jetzigen Verhältnissen zum Teil überhaupt nicht mehr erscheinen. Dem gleichen Schicksal verfallt mehr und mehr auch die Tagespresse, die unter dem Rückgang der Aufträge und des Leserkreises leidet. Der Buchhandel läßt bei den jetzigen hohen Preisen keine Bücher neu drucken, da die Verkaufsmöglichkeit der jetzt so teuren Bücher immer mehr schwindet. Im Leipziger Buchdruck- und Buchbindergewerbe, auch in Hamburg ist aber immer noch lebhaft Nachfrage nach Arbeitskräften, auch in Gießen (Austauschleistungen). Im übrigen wird stellenweise verhältnismäßig gearbeitet, die Zahl der Stelleninhabenden, auch von Facharbeitern, beginnt im graphischen Gewerbe zu zunehmen. Massenbedingungen im demographischen und Superdruckgewerbe werden aus Dresden berichtet. Die Transportverhältnisse der Bahn sollen nach dem Bericht einer norddeutschen Firma noch sehr im Argen liegen.

Meßprüfung. Vor der Handwerkskammer Gera legte Kollege Max Schuberl aus Klosterlausnitz die Meßprüfung ab.

Aus der Schriftkassenerkennung deutscher Rechtschreibung. Wie sehr heute noch manche (auch kleine Handwerksmeister) mit der Rechtschreibung auf Irreführung stehen oder gar irgendwelche Kenntnisse im Deutschschreiben und in der Ausdruckswelt vernachlässigen, das hat man als Interaktive sehr oft beobachten können und auch als Korrektor empfunden. Sehr häufig, gewöhnlich wenn es die höchste Zeit zur Fertigstellung der Zeitung ist, gelangen die Manuskripte auch ohne Retusche in die Setzerei. Das muß natürlich dem Setzer das Leben schwer machen. Wir geben im folgenden das Interaktivanuskript von einem Schumachermeister wieder, wie es in der Anzeigenannahme einer Tageszeitung einlief: „Iß Flecke Milch Sir Mid an, Das ich Miene Schuhmacherie, leißt Mienda predirewen kann, und ich Bode „Artings Foll“ Mi zu unterfassen, auf Miene Rebruder arwied, Billig zu erschauen, Meine Adresse . . . G. G.“

Aufbewahren von Zeitungen. Die Tatsache, daß sich die stark holzschichtigen Zeitungen nur kurze Zeit aufbewahren lassen, daß die „New York Public Library“ veranlaßt, nach einem Verfahren zu suchen, nach dem man Zeitungen für die Nachwelt so schützen kann, daß sie

nicht in kurzer Zeit verfallen. Zum Schluss ist man auf folgenden einfache Verfahren gekommen: Man beklebt beide Seiten der Zeitung mit japanischem Seidenpapier unter Verwendung von Reiskleber. Dadurch sollen beide Seiten der Zeitung hermetisch vom Zutritt abgeschlossen werden. Schellacklösungen, Firnisse und andre Stoffe eignen sich als ungeeignet für diesen Zweck, ebenso wie Seide, die man zuerst benutzte, nicht verwenden.

Offene Stellen für befähigte Gewerkschafter. Durch den Zentralstellennachweis des VVOZ, für Gewerkschaftsangehörige (Berlin SO 16, Engelsfer 24) wird gesucht: Arbeiter- und Kartellsekretär für Hanau zu sofort, der mit allen gewerkschaftlichen sowie sozialpolitischen Fragen vertraut ist und die Schulung und Organisation der Betriebsräte vorzunehmen hat. Bedingung: mindestens fünfjährige freigeberische Tätigkeit und Mittelschulbildung in einer der drei Arbeiterparteien. Zuschriften mit genauen Angaben, auch über die bisherige Tätigkeit, bis 22. Juni, mit der Aufschrift „Bewerbung“ an Karl Veltner, Hanau a. M., Spessartstraße 6, erbeten.

Die Schlichtungsordnung im Reichstage. Die Regierung hat es mit der Einbringung der Schlichtungsordnung ausfalligermasse recht eilig gehabt. Am 16. und 17. Juni, noch bevor die freien Gewerkschaften auf ihrem jetzt in Leipzig tagenden Kongress dazu gesprochen hatten, fand der Gesetzentwurf im Reichstage zur Debatte und wurde schließlich dem Ausschuss zur weiteren Beratung übergeben. Die Redner der Arbeiterparteien lehnten natürlich den Gesetzentwurf in vorliegender Form ab, da er nicht zum Ausgleich der sozialen Gegensätze beiträgt. Die Unternehmer wollen das Gesetz dazu benutzen, die Arbeiterkraft vollständig zu fesseln, sie wollen ihr das letzte und äußerste Kampfmittel, den Streik, im Kampf

ums Wafeln aus der Hand winden. Die Arbeitervertreter werden im Ausschuss alles ausbieten müssen, dies zu verhindern.

Eine Bauernrevolte in Bayern. Wie herrlich weit die Zustände auf dem Lande gehen sind und wie die beherrschende Autorität gegenüber den Bauern auf den Hund gekommen ist, bewies eine Verhandlung vor dem Volksgericht München II. Eine Anzahl Bauern aus Oberding, die unter Anführung ihres Ortsoberraupts in Erding einen mit ihnen in Geschäftsverbindung stehenden Kartoffelkäufer aus dem Gefängnis unter Drohungen mit Gewalt befreit hatten und die Herausgabe beschlagnahmter Kartoffeln erzwangen, wurden nur wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu geringfügigen Freiheits- oder Geldstrafen verurteilt oder gar freigelassen. Die Anklage lautete auf Aufruhr, aber die unverschämte Milde des Volksgerichts, dessen Vorsitz sorgfältig geleitet gewesen sein müssen, ließ etwas anderes daraus machen. So schüht man die Staatsautorität, wenn sie von Agrariern mit Füßen getreten wird. Wenn zwei daselbe tun, so ist es nicht dasselbe.

Warnung vor Auswanderung nach Brasilien. Der Deutsche Ausschuss für Einwandererfürsorge in Rio de Janeiro warnt in einem offenen Briefe vor weiterer Auswanderung nach Brasilien. Es hat sich gezeigt, daß der Durchschnitt der in den letzten zwei Jahren nach Brasilien gekommenen deutschen Einwanderer, namentlich die 4 1/2 Tausend, die auf Kosten der brasilianischen Regierung dorthin befördert worden sind, nicht für Brasilien geeignet, krank oder schwach und für die schwere Arbeit unbrauchbar war. Die Folge ist Arbeitslosigkeit. Die Pauliner Klaffgesellschaften sind den deutschen Einwanderern gleichfalls nicht das geworden, was nach der amtlichen

brasilianischen Propaganda erwartet werden konnte. Einige tüchtige Handwerker sind nach dem Scheitern der landwirtschaftlichen Siedlungspläne zu ihren Berufen zurückgekehrt und finden ihr Auskommen; einzelne Kaufleute haben zufriedensetzende Beschäftigung gefunden; ein Teil der kapitalkräftigen Einwanderer hat sich günstig ankaufen können und lebt zur Zeit gut; die große Mehrheit der kapitallosen aber vermehrt das Proletariat des Landes, lebt zum Teil im größten Elend und möchte lieber heute als morgen nach Deutschland zurück.

Verschiedene Eingänge

„Tagebuchdrucker.“ Fachzeitschrift für die Verlagsabteilung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker. Herausgegeben vom Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker. Nr. 6. Juni. Diese in organisatorischer wie fachlicher Hinsicht allgemein als wertvoll anerkannte Fachzeitschrift für Buchdruckerbetriebe kann unter Zuzugammannschiff aus belle empfohlen werden. Durch die Post oder durch die Preisverleiher bezogen werkschäftlich 3 Mk. „Der Maschinenmeister im Buchdruckgewerbe.“ Mitteilungen der Zentralkommission der Maschinenmeister Deutschlands. Nr. 3/4. Inhaltlich des 15jährigen Bestehens der Maschinenmeisterpartei erscheinen die Mitteilungen diesmal in besonderer Ausstattung. In einer einleitenden Jubiläumstraktatur werden besonders von der Kreisvorstandsbesprechung fruchtbringend: Beschlüsse erörtert, die der 25jährigen Tätigkeit einen würdigen Abschluß geben und neue Wege weisen sollen. Schriftleitung: S. Gebe, Berlin 313. „Der Maschinenmeister im Buchdruckgewerbe.“ Nr. 6. Juni. 1922. Herausgegeben von der Zentralkommission der Maschinenmeister Deutschlands (S. d. D. B.). Jahrgang 12. Heft portofrei 36 Mk. durch Karl Schille, Berlin-Sanktmitz, Kaiser-Wilhelm-Straße 128. „Die Gebrauchsgewinne im neuen Dresden.“ Ein Probenheft der Schriftleiter Brüder Buller, Dresden-N., mit Bignetten für alle Berufe und zu allen Gelegenheiten in moderner und modernster Ausstattung von Bimpel, Sabbenmann, Reibebach, Macho, Cordt, Düren, Köhler, Schille, Sperl und Fröh. „Die Neue Zeit.“ Wochenzeitschrift der deutschen Sozialdemokratie. Nr. 8-11. 40. Jahrgang. 2. Band. Einzelheft 2,50 Mk., vierteljährlich 32,50 Mk. Verlag von G. S. W. Dieck Nachf. in Stuttgart.

Korrektorenzusammenkunft in Leipzig

Sonntag, den 2. Juli, vormittags 9 1/2 Uhr, in den „Drei Willen“, Leipzig-Neudorf, Sodagarren, Ecke Bergstraße.

Tagesordnung: Tarifliches und Organisationsliches. [883]

Die Appellationsverfahren werden erörtert, nach Möglichkeit auf ihre Kosten Vertreter zu entsenden. Die Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung, soweit sie Korrektoren sind, werden gebeten, an der Besprechung teilzunehmen.

Zentralkommission der Korrektoren Deutschlands.
S. M. Artur Grams, Vorsitzender.

Unter Bezugnahme auf vorstehende Bekanntmachung bitten wir die Teilnehmer an der Zusammenkunft, uns umgehend Namen sowie Tag und Stunde ihres Eintreffens mitzuteilen. Sowie sie von den Korrektorenvereinen entsendet werden, ist für Unterbringung Sorge getragen. Die bereits am Sonnabendabend ankommenen Teilnehmer treffen sich im Restaurant „Goldene Schale“, Dresdner Straße 19.

An die Tagung schließt sich ein „Geselliges Beisammensein“ mit Damen an, zu dem alle Teilnehmer herzlich willkommen sind.

Leipziger Korrektorenverein.
S. M. Artur Grams, Vorsitzender, Leipzig-Sellerhausen, Prasadorfer Straße 20 p. r.

Bereinigung der russischen Gelehrten in Berlin

Vorsitzender: Richard Braun, Berlin O 112, Grünberger Straße 8. Kassierer: G. Schenk, Berlin SW 48, Friedrichstraße 8, Hof 2.

Sonntag, den 25. Juni, vormittags 10 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Dönhofstr. 2.

Monatsversammlung

Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen. 2. Wahl eines Revisors. 3. Verschiedenes. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Monatlich nur 49 Mt.

brauchen Sie aufzuwenden, um eine fremde Sprache nach der weitberühmtesten Methode Touffaint-Langenscheidt zu erlernen. Bedenken Sie, daß Sie sich mit den Kenntnissen, die Sie sich dadurch erwerben, zu angelegentlich, hübschen Stellen, Lehren im Ausland und Ihre geistige Bildung fördern können. Die günstige Gelegenheit, die wir Ihnen bieten, nicht ungenutzt vorübergehen. Schreiben Sie uns heute noch eine Postkarte und verlangen Sie unsere Einführungs-A 39 in den Unterricht der Sprache, die Sie erlernen wollen. Zufendung erfolgt portofrei und ohne irgendwelche Verbindlichkeit für Sie. Langenscheidtsche Verlagsgesellschaft (Deutschl. Langenscheidt), Berlin, die günstige Gelegenheit, die wir Ihnen bieten, nicht ungenutzt vorübergehen.

Touffaint = Langenscheidt

Werk- und Tabellenzecher

Erprobte
Sungger, gebildeter Akzidenzzecher

20 1/2 Jahre alt, wünscht sich zum 1. Juli, eventuell später, in angenehme Stellung zu verändern.
Ausführliche Angebote unter M. 877 an die Geschäftsstelle d. Z. L., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

Innerhalb Leipzigs

Suche ich anwerbel Stellung, eventuell als Leiter einer kleinen Akzidenz- oder Buchdruckerei. Vollkommene Fertigkeit im modernen Akzidenzdruck wie auch in den andern Sphären, besitzend mit Regel und Schnellpresse usw., vollständig vertraut. Stiller Stenograph. Besitzt Englisch. Zum Korrektorenberuf befähigt. Alter 24 Jahre. Entlohnung 15 Proz. über Minimum. Es liegt mir sehr an laudbarem und gelegentlichem Betrieb. Berücksichtigung nur dauerndes Angebot.
Gefl. Angebote unter R. K. 874 an die Geschäftsstelle d. Z. L., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

Galvanoplastik, Stereotypieanstalt

Erfahrener Meister, Oesterreicher, 50 Jahre alt, welcher in der Vorkriegszeit 15 Jahre in deutschen Buchdruckereien leitende Stellung innehatte und größtem Personal vorstehen kann, wünscht im In- oder Ausland entsprechende Stellung.

Verleihe ich gelernter Schriftsetzer, guter Kompositionsmachener, erzeuge galvanische Matrizen, Rundgalvanos, Hoch- und Tiefdruckformen und hat mit galvanischen Eisen, Metall- sowie Kupferbädern selbständige Erfahrungen.

Werte Zuschriften sind zu richten an:
G. Gars, Prag-Russie (Tscheschowakel), Hotel „Perun“.

Maschinenzecher

(Einops) zum baldigen Eintritt gesucht.
Märkische Buchdruckerei, Willen (Ruh).

Durchaus perfekt., selbständig arbeitenden
Maschinenmeister
für 32teilige A. & B. Illustrations-Katalogmaschinen für Selbstschreibendruck mit Zurechtung sucht
Geroberd Verlag, Pöhlchen (Zähr. Wald).

Monotypiezecher

sofort gesucht.
Meher & Wittig, Leipzig, Sobte Straße 1.

Leitender
Flachstereotypen
der auch Plattenherstellungen laudare ausführen kann, zu möglichst sofortigen Eintritt gesucht.
G. Meißke, Buch- und Stein-druckerei, Brandenburg (Havel).

Wohlschick

hann sich korrekter
Schiffzecher
an der Monotypie ausbilden?
Gefl. Angeb. u. Nr. 878 an d. Geschäftsstelle d. Z. L., Leipzig, Salomonstr. 8, erbelt.

Schiffzecher
24 Jahre alt, mit allen vorkommenden Sphären vertraut (auch Akzidenz), in fester Stellung, wünscht sich in Leipzig in angenehme Stellung (Dauerstellung) zu verändern.
Gefl. Angebote erbeten unter K. L. 879 an die Geschäftsstelle dieses Z. L., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

Schiffzecher

20 Jahre alt, im Setzungs-, Insetzer- und Akzidenzdruck bewandert, sucht sich zu verändern; vielleicht wo ihm Gelegenheit zum Erlernen des Maschinenwesens geboten wäre.
Gefl. Angebote unter F. H. 865 an die Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

Typographzecher

Junger, fleißiger
(A) sucht sich sofort zu verändern.
Gefl. Angebote an S. Deiken, Tuisburg, Schweizerstraße 119. [884]

Bier Typographzecher

mit 15-20 jähriger Praxis, beste Maschinenkennner und -pfleger, in allen Sphären firm, langjährige Berechner, in untergehaltener Stellung, sucht sich unter ihren Leistungen möglichst angemeinere Beschäftigung zu erlangen, zu verändern, eventuell auch ins Ausland.
Gefl. Angebote unter B. S. Nr. 892 an die Geschäftsstelle d. Z. L., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

Akzidenz- und Katalogzecher

Leitender
Akzidenz- und Katalogzecher
gewandelter Revisor, Kalkulator und Stenograph, praktisch und theoretisch durchgebildet sowie redaktionell bewandert, 12 Jahre in leitender Stelle, sucht geeign. Vertrauensposten.
Angebote werden unter R. P., Eisenleben, Markt 2, erbeten. [861]

Akzidenzzecher

29 Jahre alt, tüchtig und gewissenhaft, sucht Stellung als Akzidenz- oder Leiter kleinerer Akzidenzdruckerei.
Hamburg oder Umgebung!
Gefl. Angebote erbeten an [872] Hans Westphal, Hamburg 4, Wilhelmsteinstraße 23 part.

Erfahrener Einopszecher

53 Jähr. Prag, in ungen. Stell. (Münster u. Goslar), kleine Rep. selbst besitzend, sucht dauernde Stellung, am liebsten a. Meisen. Offerten unter C. 876 an die Geschäftsstelle dieses Z. L., Leipzig, Salomonstr. 8.

Akzidenzmaschinenmeister

Leitender, älterer
Akzidenzmaschinenmeister
bewandert an Schnellpresse, Regel, MZ, und Rotary, sucht in Drucker- oder Sphären sofort oder später dauernde Anstellung.
Gefl. Angebote unter Nr. 881 an die Geschäftsstelle d. Z. L., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

Rotationsmaschinenmeister

perucht an S. 16, 32, 64teiligen Maschinen, wünscht sich zu verändern. Langjährige Praxis. Guter Maschinenkennner. Offerten unter Nr. 894 an die Geschäftsstelle d. Z. L., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

Welcher offsetdruckkundiges Kollege überläßt mir [888] farbige Offsetdrucke auf Bullerpergament gegen Entschädigung? Angebote an G. Schütze, Wittingen, Solpaltstr. 1b II.

Gefangenenverein „Gutenberg“ Leipzig

Abendstunde Freitag, den 23. Juni, abends 7 1/2 Uhr. [886]

Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwartet!
Der Vorstand.

Johannistagsprologe

Jechs an der Zahl, erschienen im Verlag S. Slegl, München 9. Bitte rechtzeitig zu bestellen! Preis 15 Mk.

Speranto!

Alle in Groß-Paris wohnenden Buchdrucker-Sperantisten sind hiermit zu einer wichtigen Besprechung eingeladen, welche am Dienstag, dem 27. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im „Sophien-Anzeiger“, Weinmeisterstraße 16, stattfinden. Empathisierende Kollegen willkommen! [887]

Die Meisterprüfung im Buchdruck

werbe von S. B. Lind, 30 Mt. portofrei durch S. Slegl, München 9.

Kolonnenschnur - Einziehhaben

liefern in Friedensqualität [39] Bezner & Moll, Düsseldorf, Graf-Adolf-Straße 112.

Der Insetzerakquisiteur

Ein Handbuch für Theorie und Praxis. Von R. Fallinger. 25 Mk. portofrei durch S. Slegl, München 9.

Verbandsmitglieder! Schließt nur Versicherungen ab bei der Volksfürsorge

Gewerkschaftl. - Genossenschaftliche Versicherungs-Aktionsgesellschaft
Hamburg 5.

Buchdruckerhumor

in sechs Pöhlchen (100 Stück 15 Mk.), zu beziehen durch S. Slegl, München 9.

Georg Richter

Am 16. Juni verstarb unter lieber Kollege, der Maschinenmeister [889]

aus Würzen.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Das Personal d. Buchdruckerei „Der Kamerad“, Dresden.

Albert Steffen

Am 4. Juni verstarb nach langem Leiden unter lieber Kollege und Sangesbruder, der Seigerinwalde [890]

aus Braunsberg, 29 Jahre alt.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Ortverein Steffen.
Gefangenenverein „Typographia“.

Gür den „Korrespondent“ 1. die Geschäftsstelle und Insetzeranfrage Leipzig, Salomonstraße 3, die Telefonnummern 1411, das Postfachkonto Leipzig Nr. 61323.